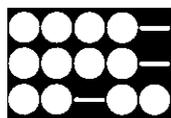


Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

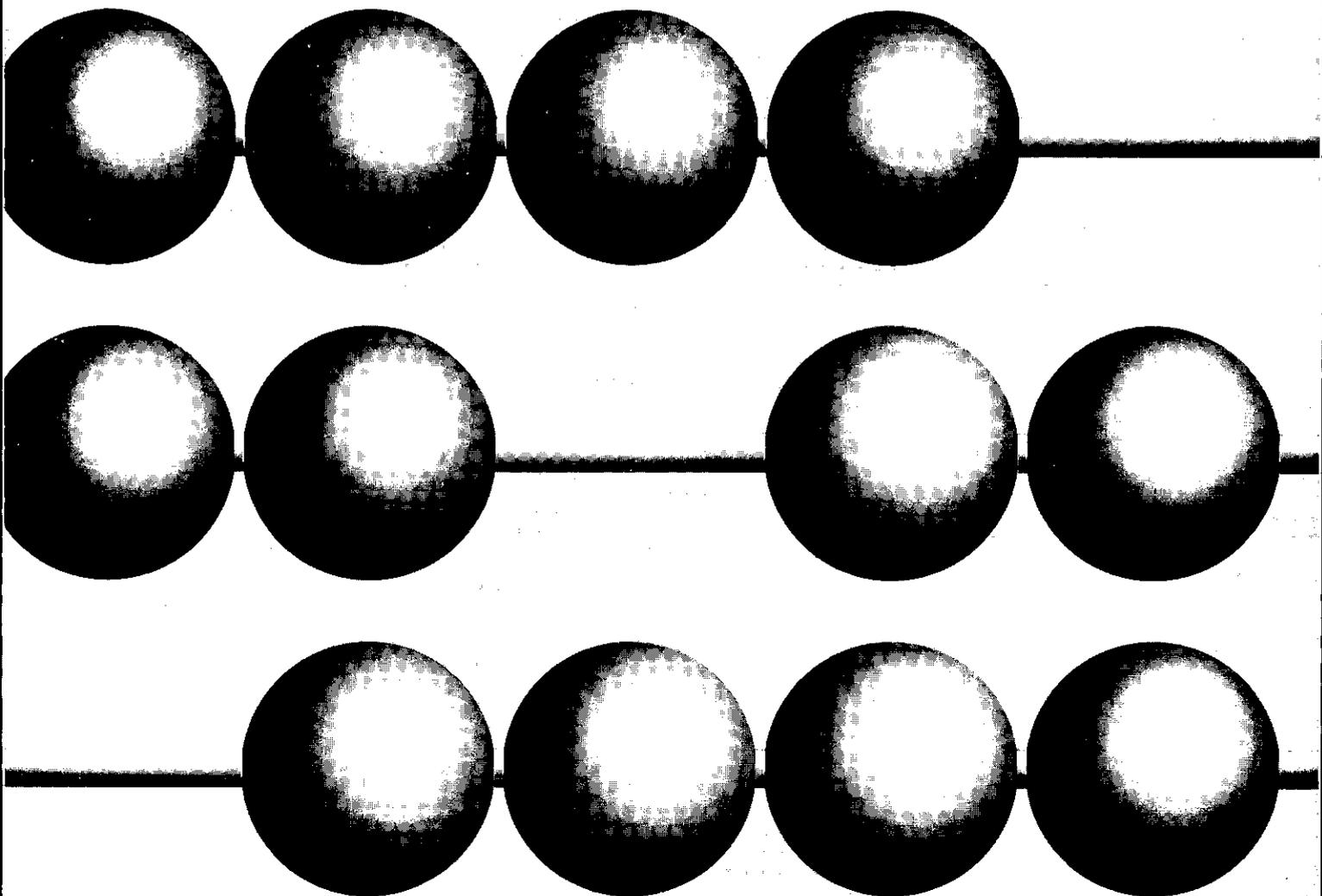


Statistisches
Landesamt
Schleswig-Holstein



53. Jahrgang, Heft 6, Juni 2001

Statistische Monatshefte
Schleswig-Holstein



Herausgeber:
Statistisches Landesamt
Schleswig-Holstein
Postfach 71 30
24171 Kiel

Telefon: (04 31) 68 95-0
Telefax: (04 31) 68 95-4 98
E-Mail: statistik-sh@t-online.de
Internet: www.statistik-sh.de

Redaktion:
Fritz Wormeck
Tel.: -2 46

Vertrieb:
Tel.: -2 80

Druck:
Schmidt & Klaunig, Kiel
Erste Kieler Druckerei
mit Umwelt-Zertifikat

Emissionsarm gedruckt
auf chlorfrei gebleichtem
Papier

Erscheinungsfolge
monatlich

Auflage 500

Einzelheft DM 4,-
Jahresbezug DM 40,-

Erfüllungsort und
Gerichtsstand Kiel

© Statistisches Landesamt
Schleswig-Holstein,
Kiel, 2001
Für nichtgewerbliche
Zwecke sind Vervielfälti-
gung und unentgeltliche
Verbreitung, auch
auszugsweise, mit
Quellenangabe gestattet.
Die Verbreitung, auch
auszugsweise, über
elektronische Systeme/
Datenträger bedarf der
vorherigen Zustimmung.
Alle übrigen Rechte
bleiben vorbehalten.

ISSN 0947 - 7373

Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein

53. Jahrgang • Heft 6

Juni 2001

Inhalt	
• Kurz gefasst	126
Bevölkerung, Familie, Ärzte, Asylbewerberleistungen, Klimaschutz, Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe, Fremdenverkehr, Ernteaussichten, Viehzählung, Baumobst, Sauerkirschen, regionalstatistisches Datenangebot	
• Aufsatz	
Die Umweltstatistiken im Wandel der Zeit	130
Der Autor beschreibt in seinem Beitrag Inhalt, Umfang und Ziele der einzelnen Umweltstatistiken auf der Grundlage des neuen Umweltstatistikgesetzes.	
• Kurzbeitrag	
Die Baufertigstellungen in Schleswig-Holstein	139
Der Umfang der Baufertigstellungen entwickelte sich in Schleswig-Holstein in den letzten Jahrzehnten sehr unterschiedlich. In seinem Beitrag beschreibt der Autor diese Entwicklung sowie die Bauherrenstruktur und das Investitionsvolumen.	
• Entwicklung im Bild	141
• Veröffentlichungen	143
<hr/>	
• Beilage	
Zahlenbeilage	

Schleswig-Holsteins Bevölkerung: Anteil älterer Menschen gewinnt an Gewicht, bei jungen Menschen ist er rückläufig

Der Anteil der schleswig-holsteinischen Bevölkerung nimmt im Alter von 60 und mehr Jahren ständig zu. Im Jahr 1960 betrug er 19,0 %, im Jahr 1999 dagegen schon 23,6 %. Gleichzeitig ist der Anteil der unter 20-Jährigen von 28,8 % auf 21,1 % zurückgegangen.

Voraussichtlich wird sich dieser Trend auch weiter fortsetzen: Nach der aktuellen Bevölkerungsvorberechnung für das Land wird Ende des Jahres 2014 ein Bevölkerungsanteil von 27,4 % über 60-Jährige einem Anteil von 18,7 % unter 20-Jährige gegenüberstehen.

Eine Ursache für diese Entwicklung liegt unter anderem in der zurückgegangenen Geburtenhäufigkeit. Die zusammengefasste Geburtenziffer, die darstellt, wie viele Kinder hypothetisch durchschnittlich je Frau im Laufe ihres Lebens zur Welt kommen, ist von 2,4 Kindern je Frau im Jahr 1960 auf 1,4 im Jahre 1999 zurückgegangen. Für die weitere Bevölkerungsentwicklung wird allgemein davon ausgegangen, dass sich dieses Verhältnis nicht nennenswert ändert.

Zum Entlastungsprogramm für Familien

Nach dem Bundestag hat auch der Bundesrat das Gesetz zur Entlastung von Familien („Familienpaket“) verabschiedet. Kernstück des Gesetzes ist die Erhöhung des Kindergeldes für das erste und zweite Kind um 30,- DM pro Monat ab 1. Januar 2002. Wie bisher gibt es für das dritte Kind 300,- DM, für jedes weitere Kind 350,- DM monatlich. Anhand der Ergebnisse des Mikrozensus, der jährlichen Befragung von ein Prozent der Bevölkerung, werden hier Umfang und Struktur der Familie quantifiziert.

Nach der Definition der amtlichen Statistik zählen als Familien alle Ehepaare, unabhängig davon, ob sie Kinder haben oder nicht sowie allein erziehende Frauen und Männer. Im Mai 2000 gab es demnach in Schleswig-Holstein 756 000 Familien und damit so viele wie ein Jahr davor. Der Kreis der Familien setzte sich im Berichtsjahr zusammen aus 348 000 Ehepaaren ohne Kinder, 313 000 Ehepaaren mit Kindern, 78 000 weiblichen und 17 000 männlichen Alleinerziehenden. Als Kinder sind hierbei alle ledigen Personen gezählt, die mit ihren Eltern oder mit einem Elternteil in einem Haushalt zusammenleben. Eine Altersbegrenzung für die Zählung als Kind besteht nicht.

Von den 313 000 Ehepaaren mit Kindern hatten 44 % ein Kind, 40 % zwei Kinder und 16 % drei oder mehr Kinder. Auf der Grundlage des „Familienpakets“ er-

hielt die zuletzt genannte Gruppe nur für die ersten beiden Kinder zusätzliches Kindergeld. Das trifft auch für 8 % der 78 000 allein erziehenden Frauen zu, während die deutliche Mehrheit von ihnen entweder mit einem Kind (67 %) oder mit zwei Kindern (24 %) zusammenlebten. Für die männlichen Alleinerziehenden sind mehr als zwei Kinder die Ausnahme, im Mai 2000 betrug dieser Anteil etwa 3 %. Die meisten der 17 000 allein erziehenden Männer hatten ein Kind (74 %) oder zwei Kinder (23 %).

Zahl der Ärztinnen und Ärzte in Schleswig-Holstein weiter gestiegen

Im Jahr 2000 hat sich die Zahl der Ärztinnen und Ärzte in Schleswig-Holstein erneut erhöht, und zwar um 193 oder 2,0 % auf 10 010. Wie schon 1999 versorgte damit eine Ärztin oder ein Arzt rechnerisch knapp 300 Einwohner. Die Zahl der Zahnärztinnen und Zahnärzte stieg um 11 auf 2 161, so dass hier ein Zahnmediziner nahezu 1 300 Einwohner betreute.

Der Anteil der Ärztinnen unter den Medizinern betrug 34 %, wobei Frauen besonders stark in den Gebieten Psychotherapeutische Medizin (55 %), Kinderheilkunde (46 %), Anästhesiologie (38 %) sowie Haut- und Geschlechtskrankheiten (40 %) vertreten waren. Vergleichsweise gering war ihr Anteil hingegen in der Orthopädie (7 %) und Chirurgie (10 %). Im Bereich der Zahnmedizin war der Ärztinnenanteil mit 27 % etwas geringer als bei den Humanmedizinern.

Die Statistik zeigt weiterhin, dass 48 % der gezählten Ärzte, darunter auch die Ärztinnen und Ärzte im Praktikum, im Krankenhaus tätig waren, weitere 41 % hatten eine eigene Praxis. Bei den Zahnmedizinern war mit 86 % der Anteil der niedergelassenen Ärzte gut doppelt so hoch.

Etwas mehr als 8 000 Empfängerinnen und Empfänger von Asylbewerberleistungen in Schleswig-Holstein

Zum Jahresende 2000 wurden 8 056 leistungsempfangende Asylbewerberinnen und -bewerber gemeldet, dies sind rund 1 000 (11,4 %) weniger als im Vorjahr. Rund 60 % der Asylsuchenden waren männlich.

Wie das Statistische Landesamt weiter berichtet, waren 3 036 (38 %) der Leistungsempfänger Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. Aufgrund dieses hohen Anteils junger Menschen betrug das Durchschnittsalter der Asylbewerber 23,3 Jahre. Knapp ein Viertel (23 %) der Asylbewerberinnen und -bewerber lebte in Gemeinschaftsunterkünften oder Aufnahmeeinrichtungen, die übrigen drei Viertel (77 %) waren dezentral, z. B. in Mietwohnungen, untergebracht.

Wie in den letzten Jahren kam der überwiegende Teil der Antragsteller (54 %) aus europäischen Ländern. Die Hälfte von ihnen stammte aus Serbien und Montenegro, ein weiteres Drittel kam aus der Türkei. An zweiter Stelle stand mit 34 % die Herkunftsregion Asien. Die Staatsangehörigkeit eines afrikanischen Staates hatten 9 % der Bewerberinnen und Bewerber. Von den restlichen 3 % der Asylsuchenden waren die meisten staatenlos oder unbekannter Herkunft.

Klimaschutz weiterhin notwendig

Anlässlich der vom 16. bis zum 27. Juli 2001 in Bonn stattfindenden internationalen Klimaschutzkonferenz macht das Statistische Landesamt auf einige Basisdaten zur Klimaschutzproblematik aufmerksam.

In Schleswig-Holstein wurden im Jahr 1998 ca. 22 ½ Millionen Tonnen Kohlendioxid (CO₂) aus heimischen Quellen emittiert. Damit trug Schleswig-Holstein mit einer Minderung von ca. - 5 % (Vergleich 1998 zu 1990) zum Ziel bei, die Kohlendioxid (CO₂)-Emissionen in Deutschland bis zum Jahr 2005 um 25 % gegenüber dem Basisjahr 1990 zu reduzieren. Bundesweit betrachtet war Schleswig-Holstein im Jahr 1998 mit ca. 2,5 % am Ausstoß dieses direkten Treibhausgases beteiligt.

Eine wichtige Entscheidungsgrundlage für umweltpolitische Maßnahmen zum Schutz der Ozonschicht und gegen eine drohende Erderwärmung stellt das Statistische Landesamt mit den Daten über bestimmte ozonschichtschädigende und klimawirksame Stoffe zur Verfügung. Im Jahre 1998 meldeten 106 Unternehmen die Verwendung von insgesamt 285 Tonnen dieser umweltschädlichen Stoffe. Überwiegend (147 t) wurden die Stoffe als Treibmittel bei der Herstellung von Kunst- und Schaumstoffen eingesetzt. Weitere 118 t dienten als Kältemittel, und 13 t wurden für die Herstellung von Aerosolen benötigt.

Weiterhin verhaltene konjunkturelle Lage im Verarbeitenden Gewerbe

Die konjunkturelle Lage im Verarbeitenden Gewerbe Schleswig-Holsteins war in den ersten fünf Monaten des Jahres 2001 von leichten Umsatzzuwächsen sowie Rückgängen bei den Beschäftigten und den Auftragseingängen gekennzeichnet.

So wurden mit einem um 0,6 % reduzierten Beschäftigtenstand in den Monaten Januar bis Mai 2001 um 1,6 % höhere Umsätze erzielt als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Dabei stiegen die Inlandsumsätze um 1,2 % und die Exporte um 2,5 %. Im Gegensatz zu der Entwicklung im vorigen Jahr haben damit die Exporte ihre konjunkturstützende Wirkung

für das Verarbeitende Gewerbe Schleswig-Holsteins nahezu eingebüßt.

Die als Frühindikator für die weitere wirtschaftliche Lage dienenden Auftragseingänge gingen in den ersten fünf Monaten des Jahres 2001 um 17 % zurück. Während sich die Inlandsnachfrage mit einem leichten Plus von 0,9 % etwas über Vorjahresniveau bewegte, lagen die Auslandsorders um 36 % unter dem Wert des entsprechenden Vorjahreszeitraums. Vor allem starke Einbrüche bei der Auslandsnachfrage im Schiffbau und bei den Betrieben der Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik führten zu diesem Ergebnis.

Die Entwicklung des Verarbeitenden Gewerbes in Schleswig-Holstein blieb in den ersten fünf Monaten deutlich hinter dem Bundestrend zurück. So nahm die Zahl der Beschäftigten im Bundesgebiet gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 0,9 % zu, die Umsätze stiegen vor allem dank der guten Exportkonjunktur um 7,0 % und die Auftragseingänge übertrafen den Vorjahreswert um 3,3 %.

Ende des Stellenabbaus im Baugewerbe nicht in Sicht

In Schleswig-Holstein waren in den Betrieben des Bauhauptgewerbes am Ende des Monats Mai 2001 knapp 31 300 Personen beschäftigt, 12,0 % weniger als vor einem Jahr und 0,8 % mehr als im April. Der durchschnittliche Personalbestand (31 300) für den Zeitraum Januar bis Mai lag um 10,9 % unter dem entsprechenden Wert des Vorjahres. Der Personalabbau im Verarbeitenden Gewerbe Schleswig-Holsteins betrug gleichzeitig nur 0,6 %. Auch bei den im Bauhauptgewerbe geleisteten Arbeitsstunden war gegenüber dem Vorjahr ein Rückgang um über ein Fünftel auf 13,2 Mill. Stunden zu verzeichnen.

Der baugewerbliche Umsatz nahm im genannten Zeitraum um 15,8 % auf 1,7 Mrd. DM ab. Im Wohnungsbau, in dem fast die Hälfte der Umsätze erwirtschaftet wurde, lagen die Umsätze mit 749 Mill. DM um mehr als ein Viertel unter dem des Vorjahres, im gewerblichen und industriellen Bau gingen sie um 2,5 % auf 504 Mill. DM und im öffentlichen und Verkehrsbau um nahezu 11 % auf 441 Mill. DM zurück.

Die Auftragseingänge der Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten waren im Zeitraum Januar bis Mai mit 1,0 Mrd. DM um 10,6 % niedriger als im Vorjahr. In den einzelnen Zweigen des Bauhauptgewerbes fiel die Nachfrage nach Bauleistungen unterschiedlich aus. Im Wirtschaftsbau lagen die Auftragseingänge um 9,9 % über, dagegen im öffentlichen und Verkehrsbau um 13,6 % sowie im Wohnungsbau um fast 25 % unter den Ergebnissen des Vorjahres.

Ähnlich wie im Verarbeitenden Gewerbe blieb auch im Baugewerbe die Entwicklung hinter dem Bundes-trend zurück. So nahm die Zahl der Beschäftigten im Bundesgebiet gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um 10,2 % ab (früheres Bundesgebiet - 7,8 %, neue Bundesländer - 16,2 %) und die Umsätze verringerten sich um 12,9 % (früheres Bundesgebiet - 10,4 %, neue Bundesländer - 20,9 %).

Fremdenverkehr im Mai 2001

Im Mai 2001 kamen 451 000 Übernachtungsgäste in den größeren Beherbergungsstätten des Landes (mit über 8 Betten) an. Das waren 1,2 % mehr Gäste als im Mai 2000. Die Zahl der gebuchten Übernachtungen (2 030 000) nahm gegenüber Mai 2000 um 1,1 % zu.

In den ersten fünf Monaten dieses Jahres wurden insgesamt 1,9 % weniger Übernachtungen gezählt als im vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres.

Ernteaussichten in Schleswig-Holstein

Nach den Ertragsschätzungen der amtlichen Erntebe-richterstatte von Ende Juni und den vorläufigen Er-gebnissen der diesjährigen Bodennutzungshaupter-hebung im Mai wird eine Getreideernte von 2,8 Mill. Tonnen erwartet, die der Menge des Vorjahres ent-spricht. 2,0 Mill. Tonnen entfallen voraussichtlich auf die Brotgetreidearten (Weizen, Roggen) und 0,8 Mill. t auf die Futtergetreidearten (Gerste, Hafer, Triticale). Allein 1,8 Mill. t oder 64 % der Getreideernte dürfte der Winterweizen, die mit 191 000 ha am stärksten angebaute und ertragstärkste Getreideart, erbringen. Mit 328 000 ha ist die Getreidefläche um 5 000 ha oder 2 % größer als im Jahr 2000. Gute Aussaat-verhältnisse im Herbst ließen die Fläche mit Winter-getreide auf 304 000 ha ansteigen, aber auch die mit Sommergetreide nahm auf 24 000 ha zu. Abgesehen von einer Ausweitung des Triticaleanbaus um die Hälfte auf gut 16 000 ha sind erhebliche Anbau-verschiebungen unter den Getreidearten gegenüber dem Vorjahr nicht aufgetreten. Eine geringe Aus-winterung, ausgeglichene Niederschlagsverhältnisse und eine lange Vegetationsentwicklung ermöglichten bisher eine überwiegend gute Entwicklung der Getrei-debestände.

Die Rapsernte (einschl. Anbau als nachwachsender Rohstoff) wird auf 360 000 Tonnen geschätzt. Ange-sichts einer leichten Anbauausweitung (+ 1 %) auf gut 89 000 ha und einer guten Bestandesentwicklung dürfte die Erntemenge über der des Vorjahres liegen.

Da Kornausbildung und Ernteverluste entscheidend von dem weiteren Witterungsverlauf (Niederschlags-

verteilung, Sonneneinstrahlung) bis zum Erntezeit-punkt abhängen, kann die endgültige Erntemenge an Getreide und Raps noch mehr oder weniger von die-ser Vorschätzung abweichen.

Mehr Mastrinder und weniger Jungschweine als Folge von BSE- und MKS-Krise

Nach den vorläufigen Ergebnissen der Viehzählung am 3. Mai 2001 wurden in den landwirtschaftli-chen Betrieben Schleswig-Holsteins 1,32 Mill. Rinder, 1,36 Mill. Schweine und 361 000 Schafe gehalten.

Der Rinderbestand insgesamt war um 2 % größer als im Mai 2000. Als Folge der Absatzschwierigkeiten und Transportbeschränkungen durch die BSE- und MKS-Krise befanden sich 9 % mehr männliche und weibli-che Mast- und Schlachtrinder bei den hiesigen Rin-derhaltern. Auch die Zahl der Milchkühe (363 000) war entgegen dem langjährigen Trend um 2 % größer als vor Jahresfrist. Dagegen wurden weniger Kälber und ein geringerer Bestand an weiblicher Nachzucht ermittelt. Unverändert war der Bestand an Ammen- und Mutterkühen (46 000).

Bei einem in Jahresfrist nahezu unveränderten Be-stand an Schweinen insgesamt wurde der Bestand an Sauen um 7 % auf 127 000 Tiere aufgestockt, wo-durch sich gleichzeitig die Zahl der Ferkel gegenüber dem Mai 2000 um 8 % erhöhte. Die Zahl der Mast-schweine (ab 50 kg Lebendgewicht) war geringfügig kleiner als vor Jahresfrist. Dagegen wurden – bei ein-tem übergebielichen Zufuhrbedarf an Ferkeln für die schleswig-holsteinischen Schweinemäster, aber im Frühjahr eingeschränkten Tiertransporten – 12 % we-niger Jungschweine ermittelt.

Der Bestand an Schafen insgesamt sowie der ver-schiedenen Altersgruppen entsprach dem Umfang der Vorjahre.

Geringerer Fruchtansatz beim Baumobst als im Vorjahr

Die diesjährige Baumobstblüte setzte in Schleswig-Holstein – durch einen Kälteeinfall in der zweiten bis dritten Aprildekade verspätet – erst in der Zeit von Anfang bis Mitte Mai ein. Bei hohen Tagestempera-turen, geringem Niederschlag sowie zufriedenstellen-dem Insektenflug blühten die Bäume nur über einen kurzen Zeitraum. Nachtfröste traten während der Blüte nicht auf. Von den amtlichen Berichterstatte-rn des Statistischen Landesamtes wird der Fruchtansatz überwiegend zufriedenstellend, jedoch bei Sauerkir-schen, Pflaumen, Birnen und Äpfeln nicht ganz so gut wie in dem ertragsstarken Vorjahr beurteilt.

Das milde Winterhalbjahr hinterließ nur geringe Schäden an Holz und Blüte des Kern- und Steinobstes. Pflanzenkrankheiten und -schädlinge traten nur vereinzelt auf. Auch wird über ausreichende Bodenfeuchtigkeit berichtet, die sich günstig auf die Apfel-Neupflanzungen im Frühjahr auswirken wird.

Gute Sauerkirschenernte im Marktobstbau erwartet

Nach den Meldungen der amtlichen Ernteberichterstatte des Statistischen Landesamtes von Mitte Juli wird im Marktobstbau Schleswig-Holsteins eine überwiegend überdurchschnittliche Obsternte erwartet. Mit etwa 13 000 Dezitonnen von 122 ha Anbaufläche werden voraussichtlich ein Viertel mehr Sauerkirschen als im Vorjahr geerntet. Auch bei den Äpfeln ist nach derzeitigem Wachstumsstand mit überdurchschnittlichen Erträgen, aber nicht mit dem Rekordniveau des Vorjahres zu rechnen. Demgegenüber wird die Birnenernte erheblich geringer als im Jahr 2000 und im mehrjährigen Durchschnitt ausfallen. Nach sehr kühler Witterung von Ende Mai bis Mitte Juni haben günstige Niederschlags- und Temperaturverhältnisse die Fruchtentwicklung des Stein- und Kernobstes, aber auch des Beerenobstes gefördert.

Die Entwicklung der Regionen in Deutschland – Indikatoren und Karten jetzt neu auf CD

Räumliche Entwicklungstendenzen in Deutschland differenziert zu dokumentieren, ist Ziel der seit 1982

bestehenden Berichterstattung des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung.

In Kooperation mit den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder wurde nun die Ausgabe 2000 des Berichtes „Aktuelle Daten zur Entwicklung der Städte, Kreise und Gemeinden“ vorgelegt. Die Tabellen und Karten mit über 200 Indikatoren für verschiedene räumliche Bezugsebenen liegen neben einer gedruckten Fassung auch auf der CD-ROM INKAR vor, die die Möglichkeit der Weiterverarbeitung und kartografischen Darstellung bietet. Diese CD ist zum Preis von 50 DM erhältlich über den Buchhandel unter der ISBN 3-87994-058-4 oder direkt von der BBR, Postfach 20 01 30, 53177 Bonn, Fax: 0 18 88/4 01-22 92.

Die Daten basieren dabei ganz überwiegend auf dem regionalstatistischen Datenangebot REGIO-STAT der amtlichen Statistik. Die hierzu verfügbare Datenbank Statistik regional ist mit einer Demo-Version auf der CD INKAR enthalten. Statistik regional ist ebenfalls als CD-ROM erhältlich und bietet den Nutzern alle Basisdaten mit jährlich fortgeschriebenen Zeitreihen für eigenständige Analysen. Eine Übersicht zum Merkmalsbestand ist online unter: www.statistik-sh.de, Rubrik: Zahlen/Basisdaten für Bundesländer/Regio-Stat vorhanden.

Nähere Informationen zum regionalstatistischen Datenangebot der amtlichen Statistik und die CD Statistik regional (Demo-CD kostenlos):

Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein
Postfach 7130, 24171 Kiel
Tel.: 04 31/68 95-1 68, Fax: -3 72,
E-Mail: info@statistik-sh.de

Die Umweltstatistiken im Wandel der Zeit

Statistiken über die Umwelt werden bundesweit seit 1975 – also seit mehr als 25 Jahren – auf der Grundlage des Gesetzes über Umweltstatistiken¹ in Verbindung mit dem Bundesstatistikgesetz² durchgeführt. Über diese Zeit hinweg haben sich Umfang und Inhalt der Umweltstatistiken erheblich ausgeweitet und vertieft. Zum einen erfolgte eine Anpassung an die im Laufe der Jahre geänderten Rechtsgrundlagen wie zum Beispiel an das Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz sowie an das Bundesimmissionsschutzgesetz. Im Rahmen der allgemeinen Globalisierung wurde auch zunehmend gefordert, nationale Umweltdaten in internationale Informationssysteme, Statistiken und Umweltberichte einzubringen. Daraus folgte die Notwendigkeit, die Methodik und die Periodizitäten der vielen Einzelerhebungen innerhalb der Europäischen Union zu harmonisieren. Zum anderen sollte aber der deutlich gestiegene Bedarf an Umweltdaten die Auskunftspflichtigen nicht weiter belasten, sodass zusätzliche Umweltdaten vor allem als Sekundärerhebungen auf der Basis vorhandener Verwaltungsdaten zu gewinnen waren. Schließlich musste in einem föderal organisierten Statistiksystem berücksichtigt werden, dass in den Bundesländern die Kosten für die Durchführung der Statistiken nicht wachsen sollten. All diese Faktoren und nicht zuletzt auch das gesteigerte Umweltbewusstsein der Gesellschaft führten zu einer Neufassung des Umweltstatistikgesetzes, welches 1994 verkündet und zum 1. Januar 1997 in Kraft trat.³

Über die gesetzlich angeordneten Umweltstatistiken hinaus, die eine unverzichtbare Grundlage für die Umweltpolitik, aber auch für andere Politikbereiche wie Wirtschafts-, Verkehrs- und Landwirtschaftspolitik darstellen, zählen seit Anfang der 90er Jahre die Umweltökonomischen Gesamtrechnungen (UGR) zum Programm der Bundes- bzw. Landesstatistiken. Die UGR ergänzen die Umweltstatistiken, indem sie umweltrelevante Daten unter dem Blickwinkel einer „nachhaltigen Entwicklung“ aggregieren und damit noch offene Fragen zum Beispiel zur effizienten Nutzung des Faktors Umwelt beantworten helfen.

Mittlerweile sind, mit wenigen Ausnahmen, die meisten der im Umweltstatistikgesetz genannten Statistiken zumindest einmal durchgeführt worden, sodass erste Ergebnisse vorliegen. Bevor in den nächsten Statistischen Monatsheften die einzelnen Statistikergebnisse beschrieben und analysiert werden, gibt der vorliegende Aufsatz einen allgemeinen Überblick über die Fülle der Umweltstatistiken nach dem neuen Umweltstatistikgesetz.

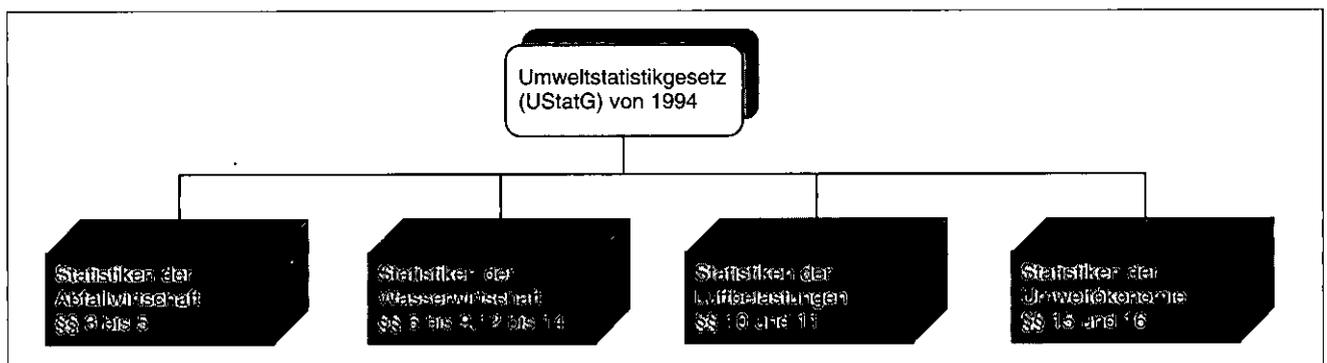
Umweltdaten nach dem Umweltstatistikgesetz von 1994

Die Statistiken des neuen Umweltstatistikgesetzes von 1994 lassen sich – wie in der folgenden Grafik dargestellt – in vier Bereiche einteilen:

Die 14 Statistiken der Abfallwirtschaft stellen Daten über den Umgang mit Abfällen zur Verfügung. Betrachtet werden sowohl das Abfallaufkommen, also die Herkunft der Abfälle, als auch die Abfallentsorgung und damit deren Verbleib. Bei Letzterem wird nicht nur die Beseitigung im engeren Sinne, sondern in besonderem Maße auch die Behandlung und Ver-

- ¹ Gesetz über Umweltstatistiken vom 15. August 1974 (BGBl. I S. 1938); Bekanntmachung der Neufassung des Gesetzes über Umweltstatistiken vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 311)
- ² Bundesstatistikgesetz vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 1857), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 21. Dezember 2000 (BGBl. I S. 1857)
- ³ Gesetz über Umweltstatistiken (Umweltstatistikgesetz – UStatG) vom 21. September 1994

Statistikbereiche nach dem Umweltstatistikgesetz von 1994



wertung der Abfälle dokumentiert. Die Abfallstatistiken beziehen sich nach dem neuen Umweltstatistikgesetz überwiegend auf die Entsorgungs- und Verwertungsseite. Der Blickwinkel hat sich damit, im Vergleich zum vorhergehenden Umweltstatistikgesetz, etwas verschoben. Die früher dominante Erfassung des Abfallaufkommens, also der Abfallquellen, ist, unter dem Gesichtspunkt der Entlastung der Auskunftspflichtigen, reduziert worden. Dadurch ist heute eine vollständige mengenmäßige Gegenüberstellung des Abfallaufkommens mit dem Abfallverbleib im Sinne einer Abfallbilanz teilweise auf Schätzungen angewiesen. Insgesamt gesehen haben sich die Statistiken der Abfallwirtschaft im Vergleich zum vorangegangenen Umweltstatistikgesetz am gravierendsten verändert.

Die 12 *Statistiken der Wasserwirtschaft* geben Auskunft über Entnahme, Verwendung und Verbleib des Wassers im natürlichen Wasserkreislauf. Die Ermittlung der Daten über die Herkunft des Wassers für die Versorgung der Allgemeinheit ist eine, im wahrsten Sinne des Wortes, quellenbezogene Betrachtung. Ähnlich wie bei der Entsorgungsseite der Abfallstatistiken geben die Erhebungen über die Entsorgung des gebrauchten Wassers zusätzlich Aufschluss über Abwasserbehandlung und Abwasserbeseitigung, also über den Verbleib des Wassers. Zu den Statistiken der Wasserwirtschaft zählt man auch die Erhebungen, die sich mit der Verunreinigung des Grund- und Oberflächenwassers durch Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen befassen sowie die Erhebung der Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen. Die Statistiken der Wasserwirtschaft sind gegenüber dem vorhergehenden Umweltstatistikgesetz leicht modifiziert und um zwei Erhebungen erweitert worden.

Im Gegensatz zu den Statistiken der Abfall- und Wasserwirtschaft wurden die zwei *Statistiken der Luftbelastungen* gänzlich neu in das Programm des Umweltstatistikgesetzes aufgenommen. Sie geben einen Überblick über die Emissionen im Allgemeinen sowie über Produktion und Verwendung von bestimmten ozonschichtschädigenden und klimawirksamen Stoffen.

Die vier *Statistiken der Umweltökonomie* quantifizieren die Aufwendungen für den Umweltschutz. Neben der vorher schon durchgeführten Erfassung der Investitionen, die überwiegend dem Schutz der Umwelt dienen, wurden nun auch Erhebungen über die laufenden Aufwendungen für den Umweltschutz und der Struktur der Umweltschutzinvestitionen aufgenommen. Dadurch lassen sich die Aufwendungen des Produzierenden Gewerbes für den Umweltschutz in ihrer Gesamtheit abbilden. Zusätzlich, um die Bedeutung des Marktes für Umweltschutzgüter und Umweltschutzdienstleistungen darzustellen, werden bei Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft, des Baugewerbes und im Dienstleistungssektor die Um-

sätze, die mit Waren- und Dienstleistungen für den Umweltschutz erzielt wurden, erhoben. Im Vergleich zum vorhergehenden Umweltstatistikgesetz sind im Bereich der Umweltökonomie zwar neue Erhebungen dazugekommen, gleichzeitig wurde der zu befragende Berichtskreis aber auch eingeschränkt.

Die Statistiken im Einzelnen

Abfallwirtschaft

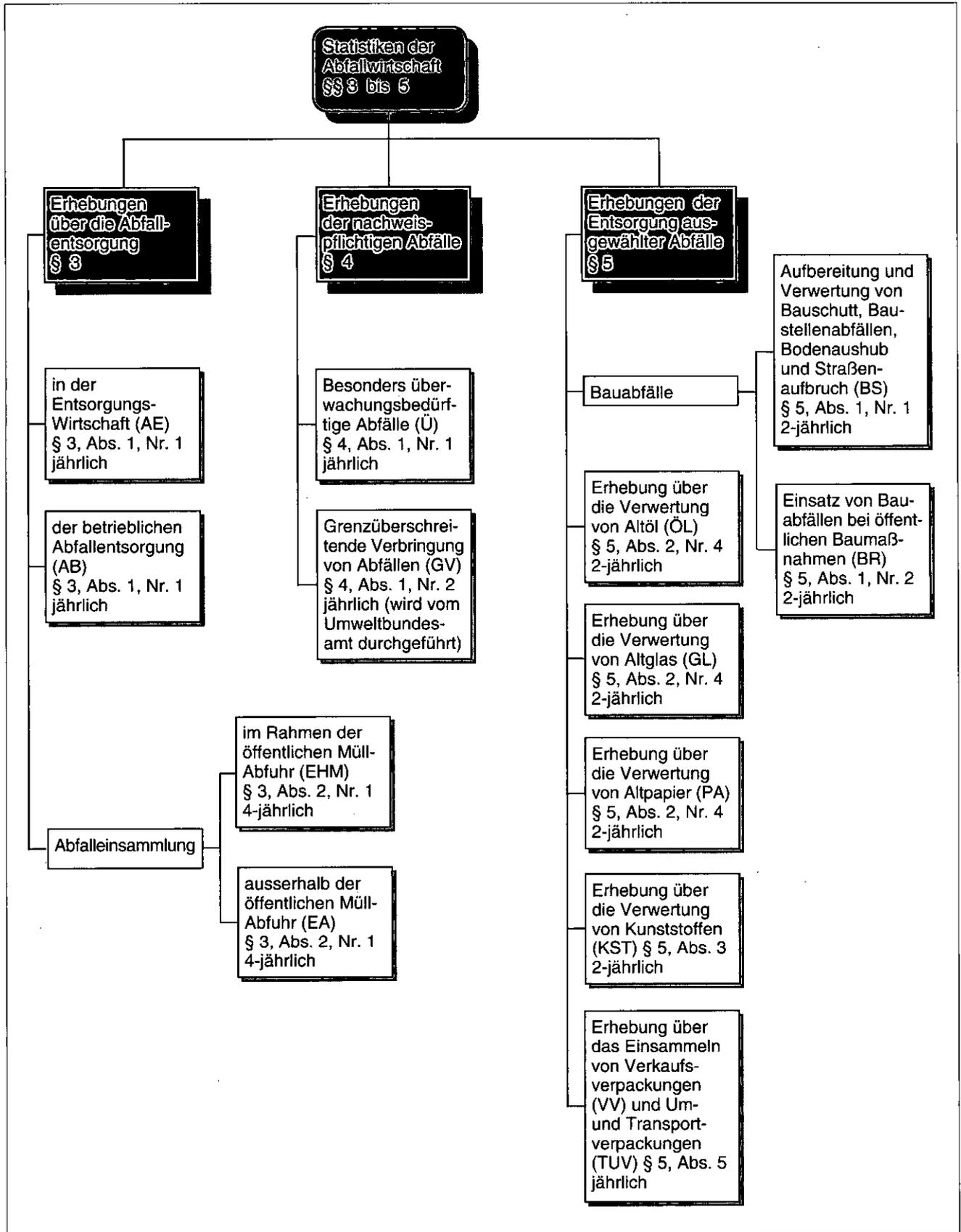
Abfälle im Sinne des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes (KrW-/AbfG) sind alle beweglichen Sachen, die unter die in Anhang I dieses Gesetzes⁴ aufgeführten Gruppen fallen und derer sich ihr Besitzer entledigt, entledigen will oder entledigen muss. Nach den Grundsätzen der Kreislaufwirtschaft sind Abfälle in erster Linie zu vermeiden. In zweiter Linie sind sie stofflich zu verwerten oder zur Gewinnung von Energie zu nutzen und erst danach sollen sie gemeinwohlverträglich beseitigt werden.

Das Umweltstatistikgesetz von 1994 schreibt ab dem Erhebungsjahr 1996 die Durchführung zahlreicher Statistiken aus dem Bereich der Abfallwirtschaft vor. Von den insgesamt 14 Erhebungen werden sechs jährlich durchgeführt, eine davon vom Umweltbundesamt. Weitere sechs Erhebungen finden alle zwei Jahre, die beiden übrigen alle vier Jahre statt. Die Abbildung auf der Folgeseite vermittelt diesen Überblick.

Auf der Grundlage von § 3, Abs. 1, Nr. 1 UStatG werden jährlich, beginnend mit dem Erhebungsjahr 1996, bei den Betreibern von zulassungsbedürftigen Abfallentsorgungsanlagen die Mengen der behandelten, gelagerten oder abgelagerten sowie der abgegebenen Abfälle nach Art, Herkunft und Verbleib erfragt. In diese Erhebung sind auch die in § 5, Abs. 8 UStatG gesondert aufgeführten Kompostieranlagen einzubeziehen. Bei der Befragung werden Betreiber von „öffentlichen“ Abfallbehandlungsanlagen, die so genannten *Anlagen der Entsorgungswirtschaft* und „innerbetriebliche“, also *betriebseigene Abfallbehandlungsanlagen* unterschieden. Nicht in diese Erhebung fallen die besonders überwachungsbedürftigen Abfälle, deren Erfassung regelt § 4 UStatG. Jedes zweite Jahr werden zusätzlich zu den oben genannten Merkmalen weitere Daten zu den Anlagen selbst, zur Abfallbehandlung sowie zur Verwertung und zum Verbleib der im Rahmen der Abfallentsorgung gewonnenen Energieträger erhoben.

⁴ In Anhang I des Kreislauf- und Wirtschaftsgesetzes werden entsprechende Abfallgruppen aufgelistet. Für Zwecke der Statistik gilt seit dem 1.1.1999 der Europäische Abfallartenkatalog (EAK)

Statistiken der Abfallwirtschaft



Erhebungen über das *Einsammeln von Abfällen* regelt § 3, Abs. 2 UStatG. Alle vier Jahre, beginnend mit dem Erhebungsjahr 1996, werden die Mengen der eingesammelten, beförderten und verbliebenen Abfälle sowie deren Art und Herkunft erfragt. Die Befragung richtet sich zum einen an die nach dem KrW- und AbfG zuständigen Entsorgungsträger und die von ihnen beauftragten Dritten *im Rahmen der öffentlichen Müllabfuhr*. Zum anderen werden auch Art, Menge und Verbleib der von Betrieben der gewerblichen Entsorgungsunternehmen *außerhalb der öffentlich-rechtlichen Entsorgung* eingesammelten Abfälle erfasst. Neben den reinen Abfalldaten wird zudem die Zahl der an der öffentlich-rechtlichen Entsorgung angeschlossenen Einwohner abgefragt.

Die bereits oben in § 3 UStatG erwähnten besonders überwachungsbedürftigen Abfälle werden durch eine jährliche – beginnend mit Erhebungsjahr 1996 – sekundärstatistische Auswertung von Begleitscheinen ermittelt. Diese sind nach § 15 der Verordnung über Verwertungs- und Beseitigungsnachweise des KrW-/AbfG für alle besonders überwachungsbedürftigen Abfälle, die das Betriebsgelände verlassen, auszustellen. Als besonders überwachungsbedürftig gelten diejenigen, die in der Bestimmungsverordnung besonders überwachungsbedürftiger Abfälle – BestbÜ-AbfV – wegen ihrer Art, Beschaffenheit oder Menge in besonderem Maße gesundheits-, luft- oder wassergefährdend, explosibel oder brennbar sind oder Erreger übertragbarer Krankheiten enthalten oder hervorbringen können. In Schleswig-Holstein übernimmt die Gesellschaft für die Organisation der Entsorgung von Sonderabfällen (GOES) die Auswertung der Begleitscheine und liefert diese Ergebnisse an das Statistische Landesamt, wo sie als *Erhebung der Abfälle über die Nachweise zu führen sind* nach § 4 UStatG aufbereitet werden.

In § 4 UStatG ist auch die *grenzüberschreitende Verbringung von Abfällen* geregelt, d. h. es sind die Im- und Exporte besonders überwachungsbedürftiger Abfälle zu erfassen. Die Daten hierzu werden jährlich, beginnend mit dem Erhebungsjahr 1996, vom Umweltbundesamt zur Verfügung gestellt.

Aus der Zusammenführung der Abfalldaten von §§ 3 und 4 UStatG ergibt sich ein vollständiges Bild der Abfallverwertung und -beseitigung in Schleswig-Holstein. Neben die Abfalldaten nach §§ 3 und 4 UStatG treten noch die nach § 5 UStatG zu erhebenden Daten der *Entsorgung bestimmter Abfälle*. Der Gesetzgeber hat hiermit ergänzend die Statistik über die Verwertung solcher Stoffe, die auf Grund ihrer Menge oder ihrer Schadstoffproblematik von besonderem abfallpolitischen Interesse sind, aufgenommen.

Dabei handelt es sich nach § 5, Abs. 1 UStatG um Bauabfälle, die alle zwei Jahre, erstmals 1996, erhoben werden.

Danach sind die Betreiber von Aufbereitungsanlagen zur *Aufbereitung und Verwertung von Bauschutt, Baustellenabfällen, Bodenaushub und Straßenaufbruch* über Einsatzmengen, gewonnenen Erzeugnissen und Rückständen zu befragen. Weiterhin wird der *Einsatz von Bodenaushub, Bauschutt und Straßenaufbruch bei Bau-, Straßenbau-, Landschaftsschutz und Rekultivierungsmaßnahmen der öffentlichen Hand* erfasst, und zwar beginnend mit dem Erhebungsjahr 1997. Auskunftspflichtig sind die nach Landesrecht zuständigen Verwaltungsbehörden.

§ 5, Abs. 2 UStatG regelt die *Erhebung über die Altölaufbereitung und -verwertung*. Sie erfasst Angaben zu dessen Aufkommen und den Wirtschaftszweigen, aus denen die Altöle stammen, ihre Schadstoffgehalte sowie ihre Aufarbeitung. Auskunftspflichtig sind die Betreiber der nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz zugelassenen Anlagen zur Aufbereitung oder thermischen Verwertung von Altölen. Da in Schleswig-Holstein bisher keine derartige Anlage existiert, wird die alle zwei Jahre vorgesehene Befragung zur Zeit nicht durchgeführt.

§ 5, Abs. 3 UStatG sieht vor, Daten über die *Verwertung gebrauchter Kunststoffe* zu gewinnen. Die im Zweijahresturnus stattfindende Erhebung, beginnend mit Erhebungsjahr 1996, befragt die Betreiber von Anlagen, in denen solche Materialien wieder aufbereitet oder in denen aufbereitete Altkunststoffe als Sekundärrohstoffe verwendet werden. Neben der Art, Menge und Herkunft der eingesetzten Kunststoffmaterialien sind auch Angaben zu Art und Menge der gewonnenen Erzeugnisse zu erfragen.

Nach § 5, Abs. 4, Nr. 1 und 2 UStatG werden alle zwei Jahre, beginnend 1996, Betriebe, die Flach- und Hohlglas herstellen sowie Betriebe des Papiergewerbes nach dem Einsatz von *Altglas und Altpapier* befragt. Erhebungsmerkmale sind jeweils Bezug (Herkunft) und Verbrauch nach Art und Menge.

Im Gegensatz zu den bisher in § 5 UStatG beschriebenen Erhebungen wird die Erhebung nach § 5, Abs. 5 jährlich, erstmals 1996, durchgeführt. In Abs. 5, Nr. 1 werden die entsprechenden Entsorgungsunternehmen nach der Art, Menge und Verbleib der bei privaten Endverbrauchern eingesammelten *Verkaufsverpackungen* befragt. Abs. 5, Nr. 2 regelt die Datengewinnung über Art und Menge der von gewerblichen sowie industriellen Endverbrauchern gesammelten *Transport- und Umverpackungen*.

Weitere Erhebungen aus dem Abfallbereich sind in den Absätzen 6, 7 und 9 des § 5 UStatG vorgesehen. Sie bedürfen aber noch einer in § 21 UStatG geforderten eigenen Rechtsverordnung. Ob und wann diese Verordnungen in Kraft treten, ist noch nicht absehbar.

Wasserwirtschaft

Als eines der elementarsten Güter der Allgemeinheit unterliegt Wasser dem besonderen Schutz des Gesetzgebers. Nicht zuletzt deshalb stehen die Wasserstatistiken schon seit mehr als 40 Jahren auf dem Programm der amtlichen Statistik.⁵ Das Umweltstatistikgesetz von 1994 hat den Anforderungen an die wasser- und abwasserwirtschaftliche Entwicklung Rechnung getragen, indem unter anderem die Periodizität dieser Statistiken von vier auf drei Jahre herabgesetzt wurde. Versorgungsengpässe, Wassernotstand und verschärfte Einleitungsbestimmungen für eine umweltgerechte Abwasserentsorgung waren Argumente, die für die verkürzte Periodizität sprachen. Die beiden zusätzlichen Erhebungen über die Wasserversorgung und über die Abwasserbeseitigung in der Landwirtschaft sollen die Wasserbilanzierung vervollständigen und eine Bestandsaufnahme der Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen ermöglichen.

Von den 12 Erhebungen der Wasserwirtschaft werden acht alle drei Jahre, beginnend mit dem Erhebungsjahr 1998, durchgeführt. Zwei Erhebungen fallen jährlich an, die beiden anderen Statistiken haben eine Periodizität von vier und fünf Jahren.

Die Erhebung der *öffentlichen Wasserversorgung* nach § 6, Abs. 1 UStatG erfasst bei den Betreibern der öffentlichen Wasserversorgung alle drei Jahre, beginnend mit Erhebungsjahr 1998, die Menge und die Art des gewonnenen Wassers, und zwar unterschieden nach Grund-, Quell- und Oberflächenwasser. Zusätzlich wird der Fremdbezug und die Abgabe von Wasser an Abnehmergruppen (Letztverbraucher) für das jeweilige Versorgungsgebiet erfragt. Auch die Zahl der versorgten Einwohner sowie die Zahl der nicht an die öffentliche Wasserversorgung angeschlossenen Einwohner einschließlich der Zahl der Hausbrunnen können mit Hilfe dieser Statistik dargestellt werden. Die ebenfalls vorgesehene Befragung der zuständigen Behörden über die Trinkwasserbeschaffenheit ist vorerst ausgesetzt.

Die Statistik der *öffentlichen Abwasserbeseitigung* nach § 6, Abs. 3 UStatG erhebt Angaben zur öffentlichen Kanalisation. Art, Länge und Baujahr des Kanalnetzes sowie Anzahl und Speichervolumen der Regenentlastungsanlagen geben einen Überblick über den Zustand der öffentlichen Sammelkanalisation. Schließlich wird der Verbleib des gesammelten Schmutzwassers nach Menge und angeschlossenen Einwohnern erfragt. In einem gesonderten Teil werden detaillierte Angaben zu den Abwasserbehand-

lungsanlagen gewonnen. Die Art der Abwasserbehandlung, die angeschlossenen Einwohner, die behandelte Schmutzwassermenge und die Schadstoffkonzentrationen im Ablauf der Anlage sind die zu erfragenden Merkmale. Ein besonderes Augenmerk wird außerdem auf die Klärschlammbehandlung sowie auf die Beschaffenheit und auf den Verbleib des Klärschlammes gelegt. Daten zur ökonomischen Situation wie tätige Personen, Investitionen, Wert der Sachanlagen runden die Befragung ab. Die Statistik wird ebenfalls alle drei Jahre, beginnend mit Erhebungsjahr 1998, durchgeführt.

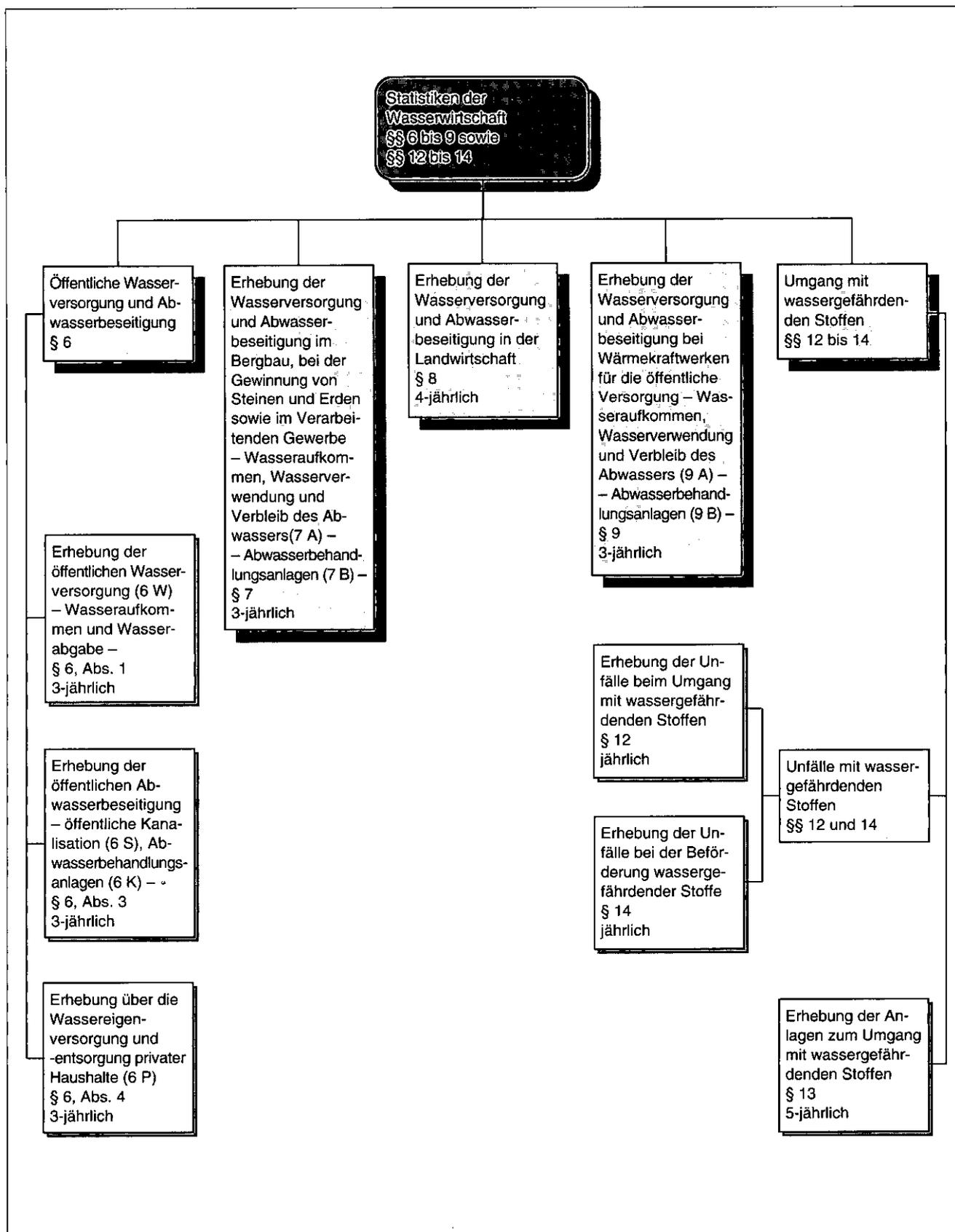
Die Erhebung nach § 7 UStatG bezieht sich auf die *Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung in der gewerblichen Wirtschaft*. Bei den Betrieben des Bergbaus, der Gewinnung von Steinen und Erden sowie des Verarbeitenden Gewerbes werden die Erhebungsmerkmale Gewinnung, Bezug und Abgabe von Wasser nach Art und Menge ermittelt. Zusätzlich wird nach der Verwendung des Wassers gefragt. Im Detail geht es dabei um den Einsatz des Wassers in der Produktion und um die Intensität der Wassernutzung wie zum Beispiel die der Kreislaufnutzung. Um die Belastung der Wirtschaft in Grenzen zu halten, werden maximal 25 000 Betriebe bundesweit befragt. Die Einschränkung des Berichtskreises auf die wasserwirtschaftlich relevanten Betriebe erfolgt dadurch, dass ausschließlich Betriebe befragt werden, die selbst Wasser gewinnen oder deren Wasseraufkommen aus Fremdbezug mindestens 10 000 m³ pro Jahr beträgt oder die Wasser oder Abwasser in ein Gewässer einleiten. Der Fragenkatalog zur Abwasserbeseitigung lehnt sich stark an den der öffentlichen Abwasserbeseitigung an. Die mit dem Erhebungsjahr 1998 beginnende Statistik wird alle drei Jahre durchgeführt.

Wie anfangs bereits erwähnt, sind mit den Erhebungen über die *Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung in der Landwirtschaft* nach § 8 UStatG die Möglichkeiten von Wasserbilanzen verbessert worden. Diese Erhebungen richten sich an Betriebe der Landwirtschaft und alle Unternehmungen und Einrichtungen, die Wasser zur Bewässerung von Anbauflächen im Acker-, Garten- und Dauerkulturbau gewinnen oder Abwasser in Gewässer einleiten. Erfragt werden Menge und Art des gewonnenen und bezogenen Wassers, dessen Verwendung sowie die Größe der bewässerten Fläche. Der Schwerpunkt der Erhebungen liegt auf der Bewässerung, die Abwasserbeseitigung spielt nur eine untergeordnete Rolle. Im Gegensatz zu den bisher beschriebenen Wasserstatistiken hat diese Erhebung einen Vierjahresturnus, beginnend mit dem Erhebungsjahr 1998. Bundesweit werden maximal 50 000 Betriebe befragt.

Der letzte wichtige Bereich für eine Bilanzierung, die die Wasserentnahme aus der Natur und die Abgabe

⁵ Statistisches Bundesamt, Fachserie D – Industrie und Handwerk –, Energie und Wasserversorgung

Einzelstatistiken der Wasserwirtschaft nach dem Umweltstatistikgesetz von 1994



von Wasser an die Natur darstellen soll, ist die *Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung bei Wärmekraftwerken für die öffentliche Versorgung* nach § 9 UStatG. Die erfragten Merkmale sind in etwa mit denen der in den vorher beschriebenen Wasserstatistiken identisch. Bei der Wasserversorgung ist neben der Ermittlung des gesamten Wasseraufkommens durch Gewinnung und Bezug insbesondere die Verwendung des Wassers als Kühlwasser von Bedeutung. Die Angaben über die Abwasserbehandlung entsprechen denen in § 7 UStatG. Die Erhebung wird alle drei Jahre, beginnend mit dem Erhebungsjahr 1998, durchgeführt.

Ebenfalls zu den Wasserstatistiken zählen die Erhebungen nach § 12 bis § 14 UStatG. Im Vordergrund steht hier allerdings nicht der Bilanzierungsgedanke, sondern das Gefährdungspotential so genannter wassergefährdender Stoffe. Die Statistik über die *Unfälle beim Umgang mit wassergefährdenden Stoffen* nach § 12 UStatG erfasst bei den nach Landesrecht für das Anzeigen der Unfälle beim Umgang (Lagern, Abfüllen, Herstellen, Behandeln und Verwenden) mit wassergefährdenden Stoffen zuständigen Behörden jährlich, beginnend mit dem Erhebungsjahr 1996, den Unfall selbst (Ort, Art, Ursache, Datum), die Art und Menge der ausgetretenen und wiedergewonnenen Stoffe sowie die Unfallfolgen (Maßnahmen, Kosten). Ein Unfall liegt dann vor, wenn eine im Hinblick auf den Schutz der Gewässer nicht unerhebliche Menge wassergefährdender Stoffe aus Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen bestimmungswidrig austritt. Diese Definition ist relativ abstrakt gehalten, da je nach Art des wassergefährdenden Stoffes auch schon kleinere Mengen großen Schaden anrichten können. Es wird hier auf den Sachverstand vor Ort vertraut, der das Gefährdungspotential richtig einzuschätzen hat.

§ 14 UStatG erfasst ebenfalls Unfälle, allerdings solche, die sich bei *der Beförderung wassergefährdender Stoffe* ereigneten. Die jährliche Erhebung, beginnend mit dem Erhebungsjahr 1996, befragt die nach dem Landesrecht für das Anzeigen über Unfälle beim Umgang mit wassergefährdenden Stoffen zuständigen Behörden nach in etwa den gleichen Merkmalen wie in § 12 UStatG und zusätzlichen Merkmalen hinsichtlich des Beförderungsmittels und dessen Umschließung.

Die erstmals für das Erhebungsjahr 1999 durchzuführende *Erhebung der Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen* nach § 13 UStatG wird lediglich alle fünf Jahre durchgeführt. Diese neu in das UStatG von 1994 aufgenommene Erhebung dient der periodischen Bestandsaufnahme aller in Nutzung befindlichen Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen. Erfasst werden bei den nach Landesrecht zuständigen Behörden für überwachungspflichtige

Anlagen Merkmale über die Art und Betriebsweise der Anlage sowie über die Art des wassergefährdenden Stoffes und des Wirtschaftszweiges des Betreibers.

Luftverunreinigungen

Die Daten über die Luftbelastung durch die beiden dafür neu in das Umweltstatistikgesetz aufgenommenen Erhebungen schließen eine Lücke im statistischen Gesamtbild der Umweltbeobachtung, in der das Medium Luft bislang fehlte. Eine eigenständige Statistik über Luftverunreinigungen (§ 10 UStatG) war erforderlich, da die Luftreinhaltepolitik bisher auf der Emissionsseite überwiegend auf Berechnungen angewiesen war. Die Erhebung über bestimmte ozonschichtschädigende und klimawirksame Stoffe (§ 11 UStatG) dient auch der Erfüllung internationaler Berichtspflichten. Hierbei soll die quantitative Entwicklung der ozonschichtschädigenden Stoffe und der Einsatz von klimawirksamen Ersatzstoffen überprüft werden.

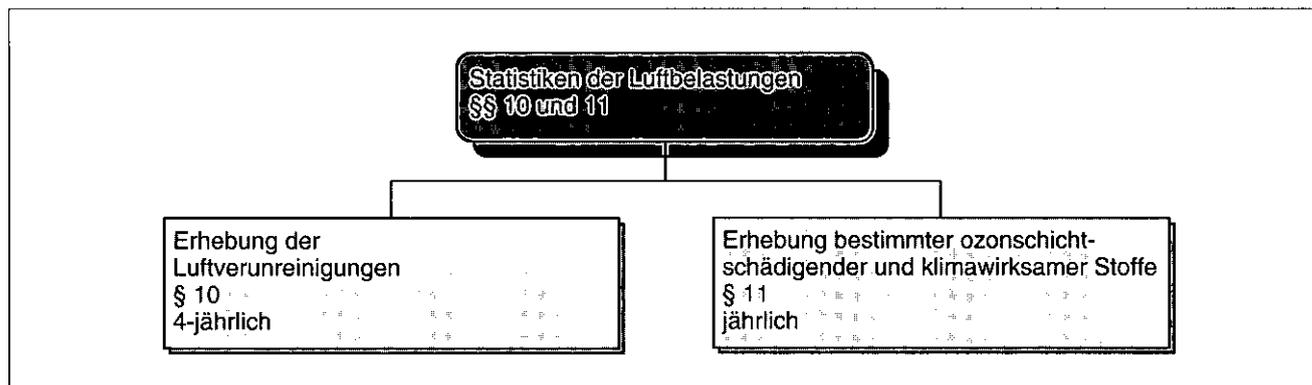
Die *Erhebung der Luftverunreinigungen* nach § 10 UStatG soll alle vier Jahre, beginnend mit dem Erhebungsjahr 1996, Daten zu den Emissionen, die von genehmigungspflichtigen⁶ Anlagen ausgehen, erfassen. Die Liste der genehmigungspflichtigen Anlagen reicht von Lackierereien über Kraftwerke bis hin zu Abfallverbrennungsanlagen. Die Statistik ist eine so genannte Sekundärstatistik, d. h. die betroffenen Betriebe werden selbst nicht befragt. Nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz ist von den Anlagenbetreibern eine Emissionserklärung⁷ bei dem dafür zuständigen Amt – in Schleswig-Holstein ist es das Staatliche Umweltamt Itzehoe – abzugeben. Aus diesen Emissionserklärungen werden dem Statistischen Landesamt Angaben über Art und Menge der von den Anlagen ausgehenden Luftverunreinigungen, über Art, Kapazität und Auslastung der Anlagen sowie über den Einsatz der gehandhabten Stoffe für statistische Auswertungen übermittelt.

Daten, die für die Belastung höherer Luftschichten bedeutsam sind, werden auf der Grundlage des § 11 UStatG – *Erhebung bestimmter ozonschichtschädigender und klimawirksamer Stoffe* – gewonnen. Die jährliche Erhebung, beginnend mit dem Erhebungsjahr 1996, befragt zum einen alle Unternehmen, die

⁶ siehe Vierte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen – 4.BimSchV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. März 1997 (BGBl. I S. 504)

⁷ siehe Elfte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Emissionserklärungsverordnung – 11.BimSchV) vom 12. Dezember 1991 (BGBl. I S. 2213)

Einzelstatistiken der Luftbelastungen nach dem Umweltstatistikgesetz von 1994



bestimmte ozonschichtschädigende Stoffe herstellen, einführen oder ausführen und diese Stoffe in Mengen von mehr als 50 kg pro Stoff und Jahr zur Herstellung, Instandhaltung oder Reinigung von Erzeugnissen verwenden. Anhang I der Verordnung (EWG) Nr. 594/91 des Rates vom 4. März 1991 enthält die entsprechende Stoffliste (zum Beispiel Kälte- und Treibmittel), die laufend den aktuellen technischen Entwicklungen angepasst wird. Zum anderen werden Unternehmen befragt, die so genannte klimawirksame⁸ Stoffe in Mengen von mehr als 50 kg pro Stoff und Jahr zur Herstellung, Instandhaltung und Reinigung von Erzeugnissen verwenden. Erfragt werden in beiden Fällen die Art und Menge des Stoffes als solcher oder in Zubereitungen.

Umweltökonomie

Jede betriebliche Maßnahme für den Umweltschutz kostet auch Geld. Die Kostenseite und die aktuelle Belastung der Wirtschaft sollen durch die Statistik der Aufwendungen für den Umweltschutz im Produzierenden Gewerbe dargestellt werden. Auf der anderen Seite beschreiben die zu erhebenden Angaben über Waren und Dienstleistungen für den Umweltschutz einen expandierenden Bereich der deutschen Wirtschaft und geben Informationen über die Angebotsseite dieses Marktes.

Die vier Erhebungen werden mit Ausnahme der Erhebung der Zusammensetzung der Investitionen für den Umweltschutz (§ 16 UStatG, Abs. 2) jährlich durchgeführt. Alle Erhebungen sind als Stichproben ausgelegt, d. h. sie erfassen nicht die Gesamtheit der Unternehmen und Betriebe, sondern nur eine repräsentativ ausgewählte Teilmenge. Der Entlastungsgedanke ist gerade in diesem „wirtschaftsbezogenen“ Teil der Umweltstatistik ausgeprägt.

⁸ Bestimmte Fluoroderivate der aliphatischen Kohlenwasserstoffe mit bis zu sieben Kohlenstoffatomen

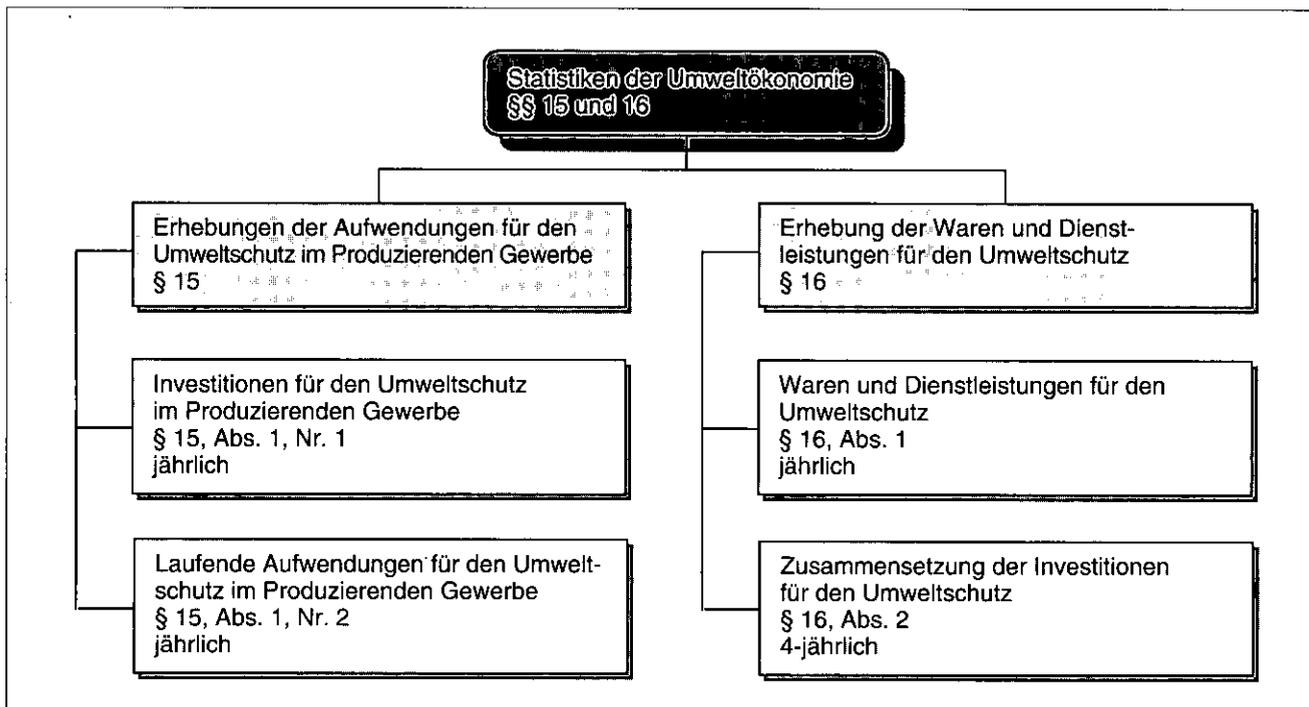
Die Erhebungen der Aufwendungen für den Umweltschutz (§ 15 UStatG), die jährlich, beginnend mit dem Erfassungsjahr 1996, durchgeführt werden, umfassen zwei Arten von Aufwendungen. So werden bei den Unternehmen und Betrieben des Produzierenden Gewerbes ohne Bauwirtschaft die Investitionen und der Wert der zusätzlich gemieteten und gepachteten Sachanlagen die ausschließlich oder überwiegend dem Schutz der Umwelt dienen, erfragt. Die Erfassung der laufenden Aufwendungen für den Umweltschutz ist neu in das UStatG aufgenommen worden. Hier wurde der Tatsache Rechnung getragen, dass neben den Investitionen laufend Kosten für den Betrieb entstehen. Durch diese Ergänzung ergibt sich jährlich ein umfassendes Bild der Umweltschutzaufwendungen des Produzierenden Gewerbes.

In beiden Erhebungen werden die Erhebungsmerkmale nach den Umweltbereichen Abfallwirtschaft, Gewässerschutz, Lärmbekämpfung, Luftreinhaltung, Naturschutz und Landschaftspflege sowie Bodensanierung gegliedert. Die Erfassung der laufenden Aufwendungen wird zentral durch das Statistische Bundesamt durchgeführt.

Die ebenfalls neu in das UStatG aufgenommenen Erhebungen des § 16 UStatG befassen sich zum einen mit der Erhebung der Waren und Dienstleistungen für den Umweltschutz. Diese, beginnend mit dem Erhebungsjahr 1997, jährlich durchzuführende Statistik befragt Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft, des Baugewerbes und des Dienstleistungssektors nach den Umsätzen und der Art der hergestellten Waren, Bauleistungen und Dienstleistungen, die eindeutig dem Umweltschutz zuzuordnen sind. Die Grundlage bildet eine Liste von Umweltschutzgütern und -dienstleistungen, die regelmäßig den sich wandelnden Bedingungen auf dem Umweltschutzmarkt anzupassen ist.

Daneben wird bei Betrieben des Produzierenden Gewerbes und Entsorgungseinrichtungen öffentlicher

Einzelstatistiken der Umweltökonomie nach dem Umweltstatistikgesetz von 1994



Körperschaften die *Zusammensetzung der* von ihnen getätigten „nachgeschalteten“ *Umweltschutzinvestitionen* erfragt. Auf diesem Weg werden zusätzliche Daten über Güter und Dienstleistungen gewonnen, die primär nicht für spezifische Umweltschutzzwecke gedacht waren, sondern erst durch die Einbindung in Umweltschutzanlagen ihre Umweltfunktionen erhalten. Mit Hilfe dieser Güter wird es möglich sein, künftig das Gesamtvolumen des Umweltschutzmarktes quantitativ darzustellen. Es ist geplant, diese Erhebung alle vier Jahre durchzuführen, beginnend mit dem Erhebungszeitraum 1998 bis 2001.

Die in diesem Aufsatz auf der Grundlage des Umweltstatistikgesetzes von 1994 vorgestellten 32 Erhebungen teilen sich auf in

- 14 Statistiken aus dem Abfallbereich,
- 12 Statistiken aus dem Wasser-/Abwasserbereich,

- zwei Statistiken aus dem Luftbereich und
- vier Statistiken aus dem Bereich der Umweltökonomie.

Davon werden

- 11 Statistiken jährlich (eine davon vom Umweltbundesamt),
- sechs Statistiken 2-jährlich,
- acht Statistiken 3-jährlich,
- sechs Statistiken 4-jährlich (eine davon vom Statistischen Bundesamt) und
- eine Statistik alle fünf Jahre

vom Statistischen Landesamt Schleswig-Holstein durchgeführt. Die Ergebnisse bieten den Nutzern ein umfangreiches Angebot von Umweltdaten, das mittelfristig, d. h. nach mehrmaligen Erhebungen, auch Zeitreihen ermöglicht, die Aufschlüsse über Veränderungen im Umweltbereich geben.

Dr. Johann Lawatscheck

Die Baufertigstellungen in Schleswig-Holstein

Die Bautätigkeit Schleswig-Holsteins erzielte in den letzten Jahren deutlich unterschiedliche Ergebnisse. Das belegen sowohl die Zahl der Baugenehmigungen wie auch die der fertiggestellten Wohngebäude, die im Folgenden Gegenstand der Ausführungen sind.

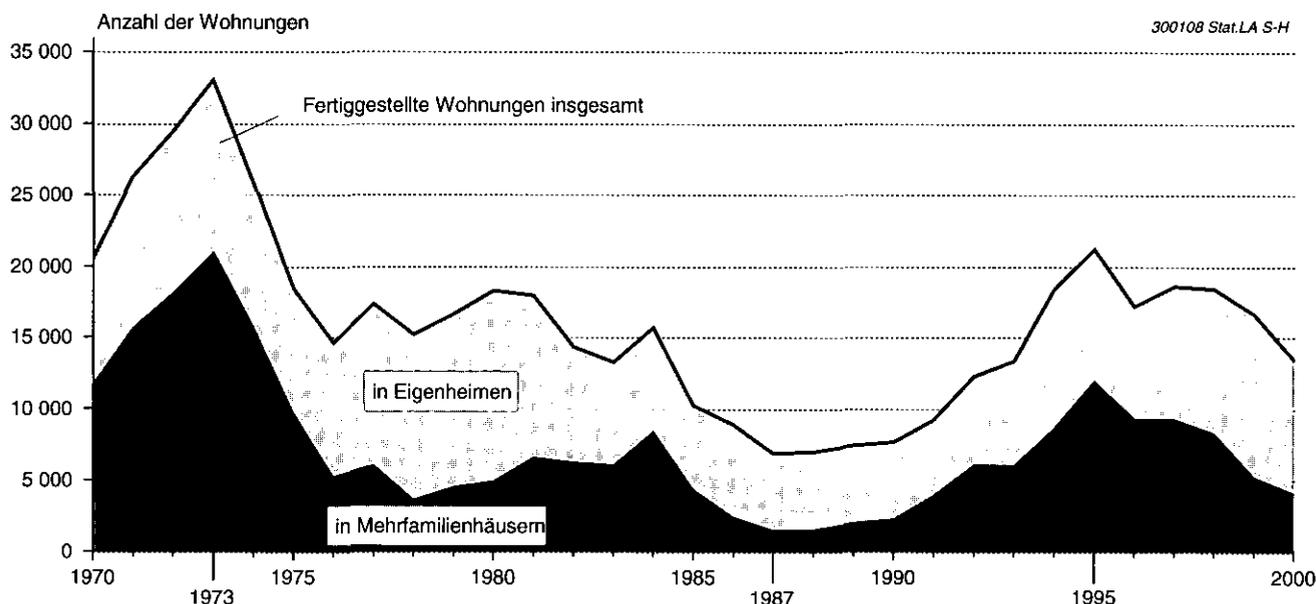
Nach Mitteilungen der Baubehörden wurden im Jahr 2000 gut 9 100 Wohngebäude fertiggestellt, knapp 18 % weniger als ein Jahr davor. Bemerkenswert ist dabei die Bautätigkeit in 1999, die mit über 11 100 Wohngebäuden das Fertigstellungsvolumen von 1991 um mehr als das Doppelte übertraf und damit das höchste Ergebnis seit 1980 erzielte. Zu Beginn des letzten Jahrzehnts erhöhte sich die Zahl der fertiggestellten Wohngebäude mit kräftig steigenden Zuwachsraten, nämlich von gut 5 100 in 1991 um 19 % auf fast 6 100 und 1993 gegenüber dem Vorjahr um 17 % auf knapp 7 100, wobei dieses Ergebnis mit über 9 500 fertiggestellten Wohngebäuden im darauffolgenden Jahr sogar um 36 % übertroffen werden konnte. Danach wurde zuerst wieder weniger gebaut, mit dem Resultat von 9 100 (1995) und 7 800 (1996) Gebäuden. Über zunehmende Fertigstellungsvolumina von 9 200 (1997) und 9 900 (1998) wurde die positive Entwicklung mit dem Rekordergebnis von 1999 vorerst abgeschlossen.

Durch die in Schleswig-Holstein im Jahre 2000 fertiggestellten 9 100 Wohngebäude wurden mehr als 13 400 Wohnungen geschaffen, fast 20 % weniger als 1999. Die meisten neuen Wohnungen im letzten Jahrzehnt entstanden mit gut 21 200 Einheiten 1995 durch die Fertigstellungen der knapp 9 100 Wohngebäude. Das sind gegenüber den Ergebnissen des Jahres 2000 nicht ganz so viele Wohngebäude, aber etwa 64 % mehr Wohnungen. Diese gegenläufige Wirkung der Bautätigkeit auf dem Wohnungsmarkt wird noch deutlicher, wenn die Zahlen von 1995 mit denen des Jahres 2000 verglichen werden. Demnach meldeten im letzten Jahr die Baubehörden zwar 22 % mehr Wohngebäude, dagegen 24 % weniger Wohnungen. Der scheinbare Widerspruch – trotz positiver Entwicklung der fertiggestellten Wohngebäude ergibt sich ein rückläufiges Angebot der dadurch geschaffenen Wohnungen – resultiert aus der Struktur des Wohnbaus. Sie gibt an, wie viele Wohnungen durch den Bau von Eigenheimen (Ein- und Zweifamilienhäuser) und Mehrfamilienhäusern – auch als Mietwohnbau oder mehrgeschossiger Wohnbau bezeichnet – entstanden sind. So betrug der Anteil der Mehrfamilienhäuser am Bestand der fertiggestellten Wohngebäude insgesamt in der ersten Hälfte der 70er Jahre zwischen 10 und 12 %, der danach bis auf 3 %

(1988) zurückging und nach einem erneuten Höchstwert von 13 % (1995) wieder auf 5 % im Jahre 2000 fiel. Das hatte zur Folge, dass in Zeiten, in denen relativ viele Mehrfamilienhäuser gebaut wurden, die Zahl der fertiggestellten Wohnungen auf Rekordergebnisse stiegen, so zum Beispiel 1973 auf über 33 000 Einheiten und auf fast 21 000 Einheiten im Jahre 1995. Umgekehrt ging die Zahl der fertiggestellten Wohnungen immer dann deutlich zurück, wenn die Nachfrage nach Mehrfamilienhäusern relativ gering war, wie zum Beispiel 1987 als nur knapp 6 900 Wohnungen gebaut wurden, darunter weniger als 1 500 Einheiten durch den Mietwohnbau.

Die eben beschriebenen Zusammenhänge werden für einen Zeitraum von 30 Jahren in der folgenden Grafik dargestellt. Sie zeigt von 1970 bis 2000 die durch den Bau von Eigenheimen und Mehrfamilienhäusern fertiggestellten Wohnungen. Exemplarisch wird hier noch einmal auf das Rekordergebnis in 1973 mit über 33 000 zusätzlich gebauten Wohnungen hingewiesen, von denen 64 % in Mehrfamilienhäusern und 36 % in Eigenheimen fertiggestellt wurden. Für diesen Nachfrageboom war einerseits die Einkommensexpansion der vorangegangenen Jahre und andererseits der Anstieg der Mietpreise mit ausschlaggebend. Die erstgenannte Komponente beeinflusste die Nachfrage nach Wohnungen im Eigenheimbau, während die Mietpreiserhöhung vor allem die Investitionsbereitschaft der Unternehmer im Mietwohnbau anregte. Die zu Beginn der siebziger Jahre verstärkt einsetzende Geldentwertung veranlasste darüber hinaus zahlreiche private Haushalte, ihre Ersparnisse wertgesichert anzulegen, so u. a. durch den Erwerb von Wohnungseigentum. Viele Bauherren hofften auch, bei anhaltendem Geldwertschwund von einer Verschuldung zu profitieren. Steuervorteile, die mit inflationären Tendenzen zunehmen, waren ein zusätzlicher Anreiz. Und schließlich zwangen die steigenden Grundstückspreise manche Bauherren im Mehrfamilienhausbau, die bebaubaren Flächen durch größere Gebäude mit mehr Wohnungen ökonomischer zu nutzen. Diese Rahmenbedingungen für das Ergebnis der Bautätigkeit in 1973 sind neben der Höhe der Hypothekenzinsen und gesetzlichen Sonderregelungen wie Abschreibungsmodelle Beispiele der vielfältigen Einflüsse auf die Nachfrage nach Immobilien. 1995 wurde mit über 21 100 Wohneinheiten das höchste Fertigstellungsvolumen seit 1974 erreicht, und zwar wie 1973 mehrheitlich durch Wohnungen im mehrgeschossigen Wohnbau. Mit nicht ganz 6 900 Wohnungen ergab sich 1987 dagegen die geringste Bautätigkeit im gesamten Berichtszeitraum. Von den in der

Fertiggestellte Wohnungen



Zeit fertiggestellten Wohnungen entstanden 78 % in Ein- oder Zweifamilienhäusern, aber nur 22 % im Mietwohnbau.

Im Wohnbau engagieren sich fast ausschließlich private Unternehmen, und hier vor allem Wohnungsunternehmen und Immobilienfonds, sowie private Haushalte als Bauherren und kaum öffentliche Bauherren oder Organisationen ohne Erwerbszweck. Im Jahre 2000 wurden die 9 100 Wohngebäude zu 72 % im Auftrag von privaten Haushalten und zu 27 % auf Rechnung von Unternehmen fertiggestellt. Abhängig von der Art des Wohngebäudes zeigen sich Unterschiede in der Bauherrenstruktur. So überwiegen bei den Eigenheimen erwartungsgemäß deutlich die privaten Haushalte als Bauherren, während im Mietwohnbau mehrheitlich die privaten Unternehmen als Bauherren tätig sind. Die Zahlen für das Jahr 2000 bestätigen das: Von den knapp 8 700 fertiggestellten Ein- und Zweifamilienhäusern wurden 73 % im Auftrag von privaten Haushalten gebaut und 26 % im Auftrag von privaten Unternehmen. Diese traten auch bei 53 % der etwa 450 fertiggestellten Mehrfamilienhäuser als Bauherren auf, 45 % wurden auf Rechnung privater Haushalte fertiggebaut. Grundsätzlich hat sich die Bauherrenstruktur für die beiden Gebäudearten im Zeitablauf nicht geändert, wenn auch die Anteile variieren. So betrug zum Beispiel 1985 bei Eigenheimen der Bauherrenanteil der privaten Haushalte 76 %, der der privaten Unternehmen 23 %. Gleichzeitig dominierten im mehrgeschossigen Wohnbau auch damals die privaten Unternehmen als Bauherren, mit einem Anteil von 60 % allerdings deutlich geringer als 1999. Entsprechend geringer war 1985 mit

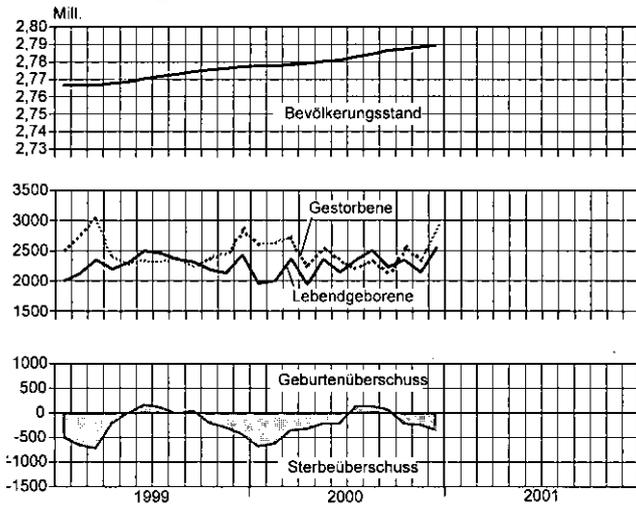
40 % der Anteil privater Haushalte als Bauherren im Mietwohnbau.

Das Investitionsvolumen für neue Wohngebäude, gemessen an den veranschlagten Baukosten, betrug im Jahre 2000 2,9 Mrd. DM und war damit um 22 % geringer als im Vorjahr. Für Einfamilienhäuser wurden veranschlagte Kosten von 2,0 Mrd. DM ermittelt, für Zweifamilienhäuser betrug dieser Wert 268 Mill. DM und für Mehrfamilienhäuser 619 Mill. DM. Die Kosten der fertiggestellten Wohngebäude je Kubikmeter umbauten Raumes lagen im Jahre 2000 im Durchschnitt bei 406 DM und waren damit um 15 DM niedriger als noch 1999. Nach einer Zunahme der Baukosten von 1988 bis 1997 von 296 DM bis auf 427 DM haben sie dabei das dritte Jahr in Folge abgenommen.

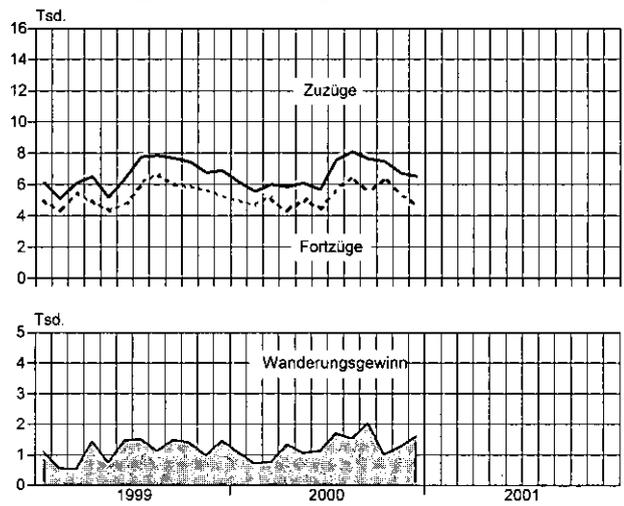
Die meisten Bauherren von Einfamilienhäusern in Schleswig-Holstein wollen in einem frei stehenden Haus wohnen. Mit einem Anteil von 66 % der 8 000 Einzelhäuser war dies auch im Jahre 2000 die beliebteste Bauart, 1996 betrug dieser Anteil sogar 73 %. In Doppelhaushälften oder in Reihenhäusern zu wohnen, ist der Wunsch von 1 400 sowie 1 200 Bauherren. Der Anteil an Doppelhaushälften hat dabei seit 1991 von 12 % auf 18 % zugenommen, während Reihenhäuser in der Beliebtheit abgenommen haben, und zwar von 22 % im Jahre 1990 auf jetzt 15 %. Bemerkenswert ist die Zunahme von Einfamilienhäusern, die aus Fertigteilen hergestellt wurden. Betrug ihr Anteil im Jahre 1991 noch 5 %, hat sich dieser kontinuierlich auf 13 % der 8 000 Gebäude im Jahre 2000 erhöht.

Bernd Reuter

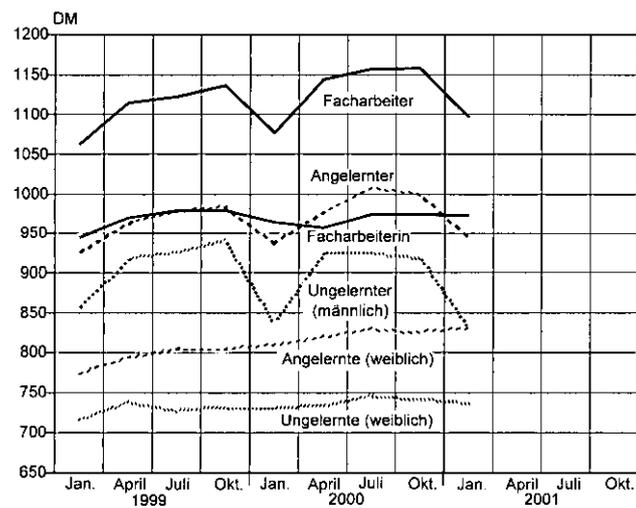
Bevölkerungsstand



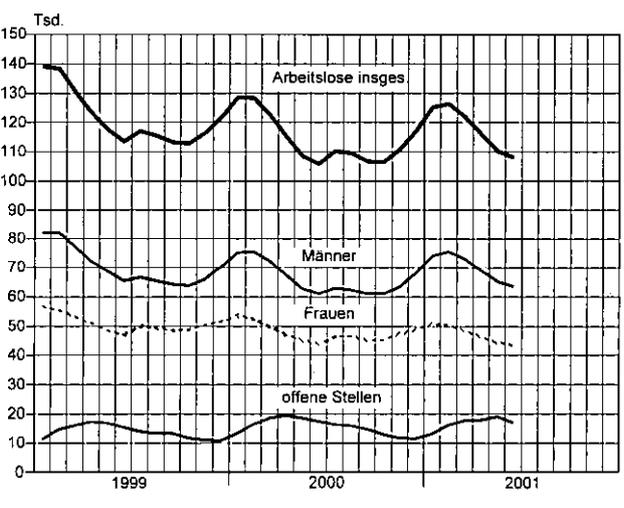
Bevölkerungsveränderung



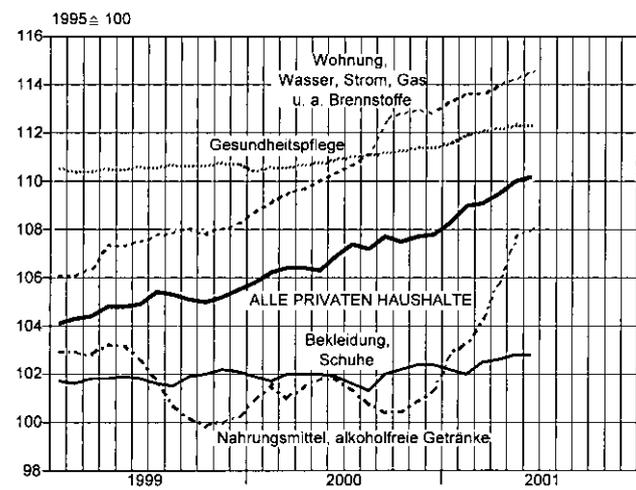
Bruttowochenverdienste



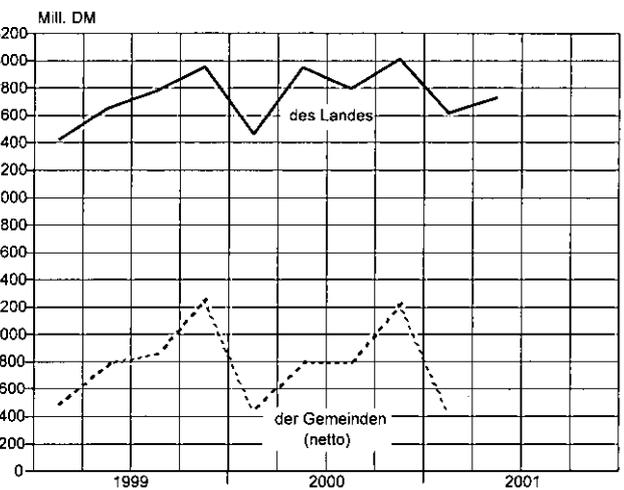
Arbeitslose



Preisindex der Lebenshaltung im Bundesgebiet

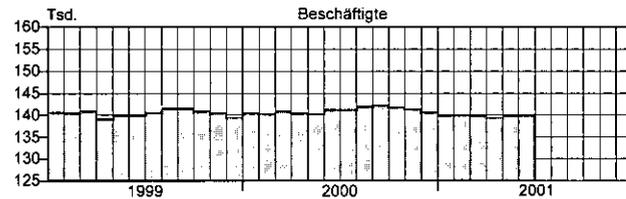
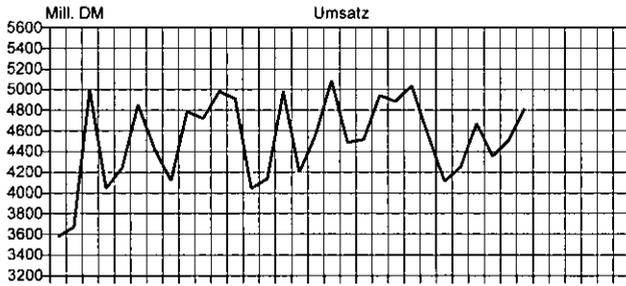


Steuereinnahmen

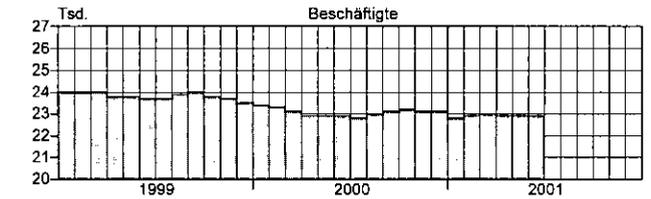
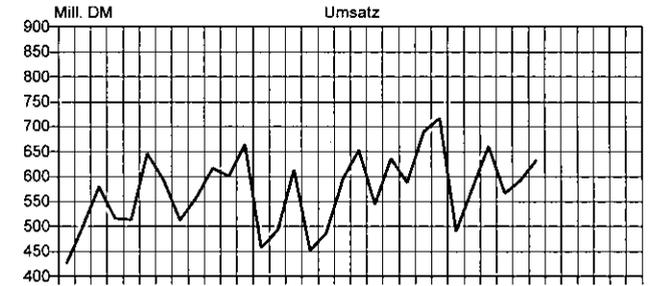


Verarbeitendes Gewerbe

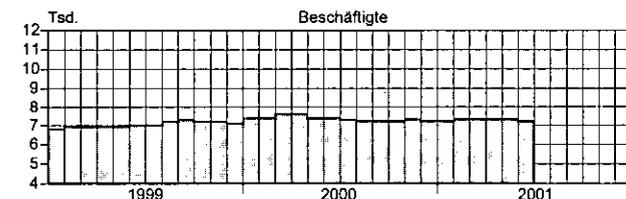
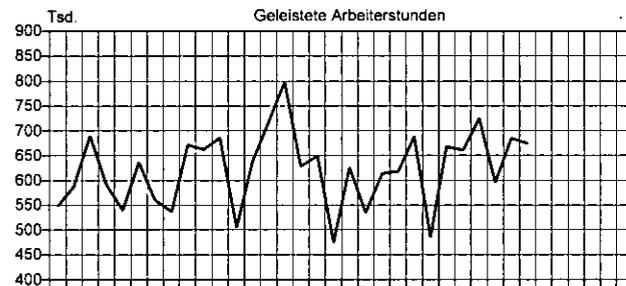
Industrie- und Handwerksbetriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten



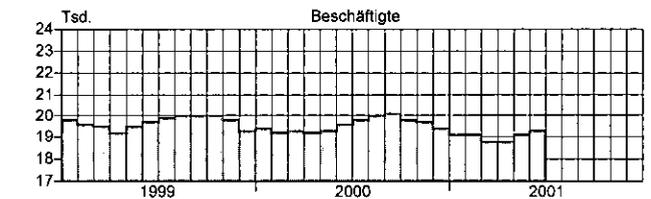
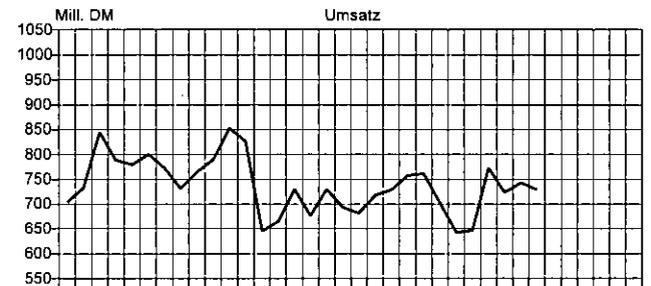
darunter Maschinenbau



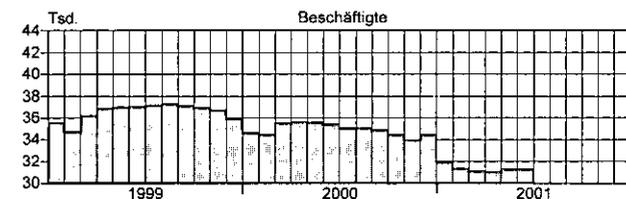
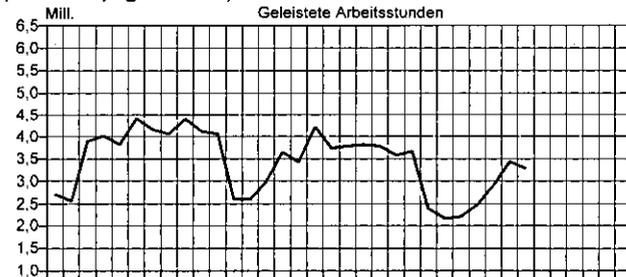
darunter Schiffbau



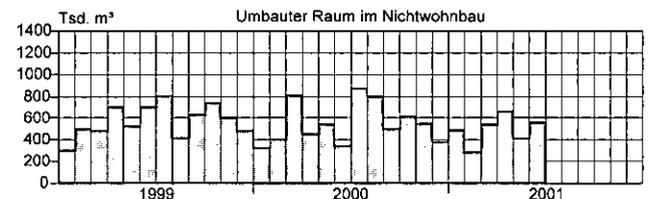
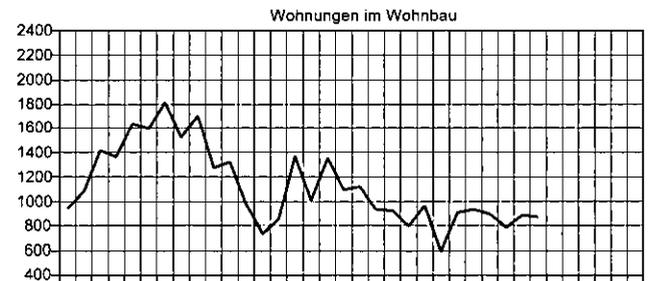
darunter Ernährungsgewerbe u. Tabakverarbeitung



Vorbereit. Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau (Bauhauptgewerbe)



Baugenehmigungen



Veröffentlichungen des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein im Juni 2001

Sachgebiet Kurztitel	Kenn- ziffer	Periodi- zität	R	Preis
Publikationen				
Querschnittsveröffentlichungen				
Statistisches Monatsheft März 2001	MONATH	m	K	4,00
Daten zur Konjunktur in Schleswig-Holstein im März 2001	DZK	m	L	–
Statistische Berichte				
Gebiet und Bevölkerung				
Bevölkerung nach Alter, Geschlecht und Familienstand 2000 (Mikrozensus)	A 1 5	j	L	3,60
Haushalte und Familien 2000 (Mikrozensus)	A 1 7	j	L	3,60
Erwerbstätigkeit				
Erwerbstätige 2000 (Mikrozensus)	A VI 2	j	L	3,60
Bevölkerung nach überwiegendem Lebensunterhalt 2000 (Mikrozensus)	A VI 4	j	L	3,60
Bildung				
Lehrerinnen und Lehrer in allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 2000/2001	B I 2	j	K	4,00
Studienanfängerinnen und Studienanfänger an den Hochschulen im Sommersemester 2000	B III 1	hj	L	3,50
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei				
Der Anbau von Gemüse und anderen Gartengewächsen, Blumen und Zierpflanzen zum Verkauf 2000	C I 3/C I 6	j/4-jährl.	K	4,00
Erntebericht über Obst Ende Mai 2001	C II 3	m	L	1,50
Schlachtungen im April 2001	C III 2	m	K	1,50
Produzierendes Gewerbe				
Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes – im Februar 2001 – im März 2001	E I 1	m	K	3,50
Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes 2000 (Totalerhebung)	E I 1	j	K	3,50
Produktion des Verarbeitenden Gewerbes 2000	E I 5	j	L	3,00
Investitionen des Verarbeitenden Gewerbes 1999	E I 6	j	K	3,00
Industrielle Kleinbetriebe 2000 (Totalerhebung)	E I 7	j	K	3,50
Baugewerbe (Bauhauptgewerbe/Ausbau-gewerbe) im Februar 2001	E II 1/E III 1	m	K	3,00
Bautätigkeit und Wohnungswesen				
Baugenehmigungen im April 2001	F II 1	m	K	1,50
Baufertigstellungen und Bauüberhang 2000	F II 2/F II 3	j	K	2,50
Handel und Gastgewerbe				
Entwicklung im Einzelhandel im März 2001	G I 1	m	L	1,50
Ausfuhr – im Januar 2001 – im Februar 2001	G III 1	m	L	2,50
Fremdenverkehr im März 2001	G IV 1	m	G	1,50
Entwicklung im Gastgewerbe im März 2001	G IV 3	m	L	1,50
Verkehr				
Straßenverkehrsunfälle im Juni 2000	H I 1	m	K	1,50
Preise				
Preisindex der Lebenshaltung im Bundesgebiet im Mai 2001	M I 2/S	m	B	1,50
Kaufwerte landwirtschaftlicher Grundstücke 2000	M I 7	j	K	2,50
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen				
Bruttoinlandsprodukt 1991-2000	P I 1	j	L	3,50
Umwelt				
Abfallentsorgung 1998 Teil 2: Betriebliche Abfallentsorgung	Q II 10	j	L	1,50

Sachgebiet Kurztitel	Kenn- ziffer	Periodi- zität	R	Preis
Sonderveröffentlichungen aus Großzählungen				
Landwirtschaftszählung 1999				
Teil 1: Gemeinde- und Kreisstatistik der landwirtschaftlichen Betriebe				
Heft 3: Arbeitskräfte, Hofnachfolge und Besitzverhältnisse in den Gemeinden				
	C/LZ 1	10-jährl.	G	4,80

R: kleinste ausgewiesene regionale Gliederung:

B = Bundesgebiet; L = Land; K = Kreise/Kreisfreie Städte;

G = Gemeinde; S = sonstige Regionalebene

Abkürzungen: m = monatlich; vj = vierteljährlich; hj = halbjährlich;
j = jährlich; 2j = zweijährlich; x = unregelmäßig; ein = einmalig

Über alle lieferbaren Publikationen (auch in elektronischer Form)
informiert unser Veröffentlichungsverzeichnis (im Internet oder als
kostenlose Broschüre).

Einzelbestellungen (zzgl. Versandkosten)
oder Abonnementswünsche bitte an:

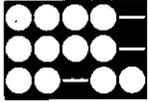
Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein
– Vertrieb –

Post: Postfach 71 30, 24171 Kiel

Telefon: (04 31) 68 95 - 2 80

Telefax: (04 31) 68 95 - 4 98

E-Mail: vertrieb@statistik-sh.de



<i>Daten zur Konjunktur</i>	2
<i>Jahreszahlen</i>	4
<i>Zahlenspiegel</i>	6
<i>Kreiszahlen</i>	11
<i>Zahlen, für Bundesländer</i>	12

Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein

Daten zur Konjunktur
Schleswig-Holstein

		Jüngster Monat		Monatsdurchschnitt	
		absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleicher Monat) in %	absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleiche Zeit) in %
Energiewirtschaft		April 2001		Januar bis April 2001	
Stromerzeugung (brutto)	Gwh
Verarbeitendes Gewerbe¹					
Beschäftigte	1 000	139	- 0,7	140	- 0,6
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Stunden	11	- 2,3	11	- 2,4
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	782	+ 4,6	748	+ 2,1
darunter Lohnsumme	Mill. DM	387	+ 1,3	369	+ 0,1
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	4 353	+ 10,5	4 346	+ 2,3
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 967	+ 9,8	2 927	+ 2,4
Auslandsumsatz	Mill. DM	1 386	+ 12,1	1 419	+ 2,0
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige					
aus dem Inland			- 0,2		+ 1,7
aus dem Ausland			- 41,4		- 42,5
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau²					
Beschäftigte	1 000	31	- 12,9	31	- 10,6
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Stunden	3	- 14,6	2	- 23,1
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	129	- 9,2	111	- 12,6
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	350	- 17,0	306	- 18,8
Auftragseingang ³	Mill. DM	222	- 5,5	200	- 10,3
Baugenehmigungen⁴					
Wohnbau	Wohnungen	784	- 22,4	880	- 11,4
Nichtwohnbau	1 000 m ² umbauter Raum	655	+ 45,9	491	- 1,4
Einzelhandel insgesamt (einschl. Kfz-Einzelhandel, Tankstellen)					
Umsatz	Meßziffer 1995 = 100	107,2	- 0,3	100,5	- 0,7
Gastgewerbe					
Umsatz	Meßziffer 1995 = 100	102,8	+ 1,4	77,2	- 2,1
Fremdenverkehr⁵					
Ankünfte	1 000	347	- 6,0	922	- 3,0
Übernachtungen	1 000	1 546	- 6,7	3 659	- 4,2
Arbeitsmarkt					
Arbeitslose	Anzahl	115 957	+ 0,6	122 573	- 1,6
Offene Stellen	Anzahl	17 851	- 8,9	15 443	- 2,8
Kurzarbeiter	Anzahl	6 665	+ 48,2	5 807	+ 29,8
Insolvenzen					
Anzahl		123	+ 20,6	133	+ 21,5

¹ einschl. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden; Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

² auf alle Betriebe hochgerechnete Ergebnisse; Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II/1/E III 1

³ Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

⁴ nur Errichtung neuer Gebäude

⁵ in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, ohne Campingplätze

p = vorläufige Zahl, r = berichtete Zahl

		Veränderung gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in %												
		Januar bis Dez. 2000	Mai 2000	Juni 2000	Juli 2000	August 2000	Sept. 2000	Okt. 2000	Nov. 2000	Dez. 2000	Jan. 2001	Febr. 2001	März 2001	April 2001
Verarbeitendes Gewerbe¹														
Beschäftigte	Land	+0,5	+0,4	+1,1	+0,6	+0,3	+0,4	+0,5	+0,6	+0,8	-0,5	-0,3	-0,9	-0,7
	Bund	+0,1	+0,2	+0,2	+0,4	+0,4	-0,4	+0,5	+0,6	+0,7	+1,0	+1,0
Geleistete Arbeiterstunden	Land	+0,3	+9,8	-3,9	-0,2	+0,6	-2,9	+0,4	+1,0	-4,5	+1,7	-4,8	-3,8	-2,3
	Bund	-0,2	+11,6	-6,0	-2,5	+4,3	-2,3	-0,8	+0,2	-4,9	+4,9	-3,6
Lohn- und Gehaltssumme	Land	+3,0	+4,8	+4,3	+2,8	+2,1	+0,4	+1,3	+3,4	+0,9	+2,6	+0,2	+0,9	+4,6
	Bund	+2,8	+5,3	+2,8	+2,5	+3,9	+2,5	+3,5	+3,2	+1,6	+7,2	+1,3
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Land	+3,3	+7,5	+4,7	-1,7	+10,0	+3,2	+3,5	+3,4	-7,0	+5,8	+3,5	-7,8	+10,5
	Bund	+9,2	+23,6	+3,7	+7,2	+15,2	+5,7	+8,8	+10,2	+3,5	+17,6	+4,8
Inlandsumsatz	Land	+2,5	+14,3	-0,5	+3,1	+2,8	+2,9	+1,7	+2,9	-4,0	+4,3	+0,0	-3,2	+9,8
	Bund	+5,7	+20,4	-0,2	+3,2	+11,3	+2,0	+4,1	+6,5	+0,8	+14,3	+2,0
Auslandsumsatz	Land	+4,9	-5,4	+15,3	-12,8	+28,4	+3,9	+7,6	+4,6	-13,4	+9,4	+10,8	-15,7	+12,1
	Bund	+15,8	+29,9	+11,0	+15,1	+21,2	+12,9	+17,8	+17,2	+8,6	+23,7	+9,8
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Land	+15,3	+16,6	-14,2	+27,5	+6,6	-1,2	+5,7	-5,3	+62,1	+12,1	-22,8	-37,9	-20,5
	Bund	+13,3	+30,0	+9,3	+11,8	+14,1	+7,6	+12,0	+11,0	+9,1	+16,4	r+1,8	-1,3	...
aus dem Inland	Land	+8,8	+25,9	-9,8	+5,1	+9,8	+2,8	+9,2	-0,1	+9,1	+22,2	-17,3	+5,9	-0,2
	Bund	+7,8	+24,0	+3,7	+6,2	+9,9	+3,7	+4,2	+5,6	+2,3	+12,4	-1,2	+0,5	...
aus dem Ausland	Land	+23,9	+5,1	-20,1	+61,2	+2,0	-6,8	+0,9	-13,3	+143,5	-2,6	-30,3	-62,9	-41,4
	Bund	+21,0	+38,7	+17,4	+19,7	+20,0	+12,7	+23,0	+18,4	+17,7	+21,7	r+5,6	-3,3	...
Energieverbrauch (vierteljährlich)	Land	+11,5	+3,6	—	—	+32,2	—	—	+5,1	—	—	+0,9	—	—
	Bund	+2,1	+0,6	—	—	+4,9	—	—	-0,6	—	—	...	—	—
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau²														
Beschäftigte	Land	-4,9	-4,1	-4,6	-5,9	-6,2	-6,3	-6,8	-7,5	-7,8	-8,0	-9,1	-12,4	-12,9
	Bund	-5,4	-4,6	-5,3	-6,0	-6,4	-6,5	-7,1	-7,3	-7,6	-7,7
Geleistete Arbeitsstunden	Land	-7,0	+10,6	-15,5	-8,9	-6,2	-13,9	-12,9	-9,6	-8,3	-17,1	-26,7	-32,3	-14,6
	Bund	-6,3	+9,8	-15,4	-11,0	-2,8	-11,6	-10,4	-5,3	-10,1	-9,9
Lohn- und Gehaltssumme	Land	-4,2	+0,2	-4,1	-7,8	-1,6	-7,4	-5,6	-6,8	-9,0	-5,5	-15,7	-20,2	-9,2
	Bund	-4,5	+0,7	-4,8	-7,2	-2,8	-8,1	-3,4	-5,2	-10,8	-4,6
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Land	-8,8	-4,3	-14,8	-13,6	-1,4	-16,1	-11,7	-13,1	-8,3	-4,9	-27,5	-21,6	-17,0
	Bund	-5,0	+6,2	-10,9	-10,7	-3,3	-10,6	-10,6	-6,6	-7,3	-5,4
Auftragseingang ³	Land	-6,5	-0,1	+14,3	-14,5	-2,6	-19,9	-23,3	-12,5	-19,7	-2,3	-31,4	-3,8	-5,5
	Bund	-8,7	-3,1	-14,1	-13,5	-12,8	-10,9	-11,0	-4,3	-3,3	-6,6
Baugenehmigungen⁴														
Wohnbau (Wohnungen)	Land	-30,1	-17,1	-38,5	-38,3	-38,8	-45,7	-37,6	-27,0	-39,6	+23,1	+9,0	-34,5	-22,4
	Bund	p-19,7	-15,4	-26,0	-26,4	-18,5	-23,6	-31,8	-26,4	r-31,1	-32,5
Nichtwohnbau (umbauter Raum)	Land	-4,2	+3,3	-51,4	+8,4	+92,3	-20,3	-17,6	-9,3	-20,7	+50,0	-29,9	-33,8	+45,9
	Bund	p-1,6	+27,6	-14,2	-4,1	-2,4	+0,9	-11,7	-3,8	+6,0	+3,4
Einzelhandel insgesamt (einschl. Kfz-Einzelhandel, Tankstellen)														
Umsatz	Land	-0,8	+10,2	-4,4	-4,9	+3,1	+2,5	-2,1	r-1,2	-5,8	r+5,0	r-4,3	r-2,7	-0,3
	Bund	+1,3	+11,4	-2,9	-3,7	+5,3	+3,0	-0,7	+1,1	r-2,0	r+6,2	r-4,1	+0,5	...
Gastgewerbe														
Umsatz	Land	r-0,4	r-4,2	r+7,6	r-2,8	r-1,4	r-1,0	r-1,4	r+0,0	-0,9	r-4,8	-4,0	r-2,7	+1,4
	Bund	r+1,1	+0,3	r+4,7	r+0,2	r+0,6	r+2,3	r+0,6	r-0,7	r+0,7	r-2,6	r-3,6	-1,0	...
Fremdenverkehr⁵														
Ankünfte	Land	+3,2	-6,8	+10,5	+1,7	+0,9	+9,4	-6,0	+0,2	+6,0	p+1,9	p-1,2	p-3,3	p-6,0
	Bund	+6,5	+4,6	+8,8	+8,1	+5,3	+11,5	+2,4	+4,4	+5,2	+5,6	p-1,6	p+4,9	...
Übernachtungen	Land	+1,6	-5,3	+5,6	+2,1	-1,8	+1,3	-4,0	+2,6	+6,2	p-1,4	p-2,3	p-4,9	p-6,7
	Bund	+5,9	+1,9	+8,1	+7,4	+3,4	+7,8	+2,6	+6,0	+7,1	+5,0	p+0,5	p+4,2	...
Arbeitsmarkt														
Arbeitslose	Land	-6,3	-7,9	-6,9	-5,9	-5,2	-5,8	-5,6	-4,7	-3,8	-2,6	-1,4	-0,7	+0,6
	Bund	-5,1	-5,2	-5,4	-5,6	-6,0	-6,5	-7,0	-6,6	-5,9	-4,7	-3,8	-3,4	-3,0
Offene Stellen	Land	+13,6	+10,5	+14,4	+17,2	+20,5	+9,6	+8,7	+5,9	+6,1	-1,4	-1,3	-4,5	-8,9
	Bund	+12,6	+13,0	+14,1	+14,6	+13,6	+14,6	+14,1	+13,6	+13,0	+10,4	+9,3	+7,9	+3,6
Kurzarbeiter	Land	-0,5	+19,0	+8,2	+0,1	-9,2	-12,1	-6,9	+6,1	+17,6	+23,1	+30,3	+18,2	+48,2
	Bund	-27,5	-29,4	-37,8	-38,0	-29,7	-23,8	-26,8	-21,6	-18,7	-8,6	+0,1	+3,0	+11,3
Insolvenzen														
Anzahl	Land	+39,8	+23,4	+7,9	+105,1	+79,2	+33,3	+61,6	+20,3	+46,0	+7,1	+65,6	+1,6	+20,6
	Bund

¹ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1. Ab Januar 1995 neuer Berichtskreis mit vergleichbaren Veränderungsraten zu 1994 (d. h. in 1995 ohne die neu hinzugekommenen Bereiche)

² auf alle Betriebe hochgerechnete Ergebnisse; zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1 - E III 1

³ Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

⁴ nur Errichtung neuer Gebäude

⁵ in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, ohne Campingplätze

p = vorläufige Zahl, r = berichtete Zahl

() = eingeschränkte Aussagefähigkeit

Jahreszahlen Schleswig-Holstein

Jahr	Bevölkerung						Im Erwerbsleben tätige Personen ¹				
	Einwohner (Jahres- mittel)	Heirats- ziffer	Geburten- ziffer	Sterbe- ziffer	Überschuß (+) der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wanderungs- gewinn	ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft	Produzie- rendes Gewerbe	Handel, Gastgewerbe und Verkehr	Übrige Dienst- leistungen
1996	2 732	6,5	10,5	11,4	- 3	19	1 250	43	340	340	527
1997	2 750	6,5	10,5	11,0	- 1	15	1 230	38	319	335	538
1998	2 761	6,6	10,0	10,9	- 2	12	1 231	39	298	330	563
1999	2 771	6,6	9,9	10,9	- 3	14	1 236	39	309	327	560
2000	1 238	42	299	327	570

Jahr	Öffentliche allgemeinbildende Schulen									
	Schülerinnen/Schüler im September in der Schultart					von 100 Schülerinnen/Schülern erreichten				
	Grund- oder Haupt- schule	Sonder- schule	Real- schule	Gym- nasium	Gesamt- schule	weniger als Haupt- schul- abschluß	Haupt- schul- abschluß	mittleren Abschluß	Fachhoch- schulreife und allgemeine Hochschul- reife	
	1 000									
1996	155	12	51	61	13	11	36	31	23	
1997	160	12	53	62	14	11	36	32	22	
1998	163	12	54	64	15	11	36	32	22	
1999	164	12	56	65	15	10	35	32	23	
2000	165	12	59	66	16	11	34	32	23	

Jahr	Landwirtschaft										
	Viehbestand ²				Schlachtungen ⁵		Kuhmilcherzeugung		Ernten in 1 000 t		
	Rinder		* Schweine	Hühner ⁴	Rinder	Schweine	1 000 t	kg je Kuh und Jahr	Getreide	Kartoffeln	Zuckerrüben
	insgesamt	darunter Milchkühe ³									
	1 000										
1996	1 397 ^b	422 ^b	1 293 ^b	2 687 ^b	378	1 309	2 407	5 709	2 251	193	717
1997	1 336 ^a	402 ^a	1 308 ^a	2 687 ^a	433	1 268	2 347	5 697	2 586	193	796
1998	1 342 ^a	395 ^a	1 348 ^a	2 687 ^a	401	1 455	2 342	5 878	2 419	187	724
1999	1 337 ^b	377 ^b	1 365 ^b	3 080 ^b	416	1 571	2 358	6 066	2 479	220	790
2000	1 297 ^a	354 ^a	1 367 ^a	3 080 ^a	399	1 480	2 352	6 210	2 801	212	753

Jahr	Verarbeitendes Gewerbe ⁶										Bauhaupt- gewerbe	
	Beschäftigte (Monatsdurchschnitt)		geleistete Arbeiter- stunden	Löhne	Gehälter	Umsatz (ohne Umsatzsteuer)		Energieverbrauch				
	insgesamt	Arbeiter		Bruttosumme		insgesamt	Auslands- umsatz	Kohle	Heizöl	Gas		Strom ⁷
	1 000		Mill.	Mill. DM		Mill. DM		1 000 t SKE ⁸				
1996	147	92	148	4 767	4 342	47 113	12 359	174	908	5 110	3 504	43
1997	146	91	145	4 706	4 394	50 047	14 872	172	835	5 334	3 893	41
								1 000 t		Mill. kwh		
1998	143	88	141	4 584	4 367	50 679	15 083	156	873	5 219	3 877	39
1999	140	86	139	4 587	4 411	53 261	16 641	149	750	5 223	3 872	37
2000	141	87	139	4 702	4 566	55 000	17 457		873	5 780	3 557	35

¹ Ergebnisse der 1%-Mikrozensusbefragungen im April des jeweiligen Jahres bis 1997 am 03.12., 1998 am 03.11., ab 1999 am 03.05.

² ohne Ammen- und Mutterkühe

³ ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner

⁴ gewerbliche und Hauschlachtungen, in- und ausländischer Herkunft

⁵ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; bis 1994 nach alter Wirtschaftszweigsystematik (SYPRO), ab 1995 nach neuer Wirtschaftszweigklassifikation (WZ'93), ab 1997 einschl. der Betriebe, die durch die „Handwerkszählung 1995“ ermittelt wurden

⁶ ohne Eigenerzeugung

⁷ 1 Tonne SKE (Steinkohle-Einheit) $\hat{=}$ 29 308 MJ

⁸ repräsentative Viehzählung

⁹ allgemeine Viehzählung

**Jahreszahlen
Schleswig-Holstein**

Jahr	Wohnungswesen			Ausfuhr				Fremdenverkehr ²			
	zum Bau genehmigte Wohnungen ¹	fertiggestellte Wohnungen ¹		insgesamt	in EU-Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerblichen Wirtschaft	Ankünfte		Übernachtungen	
		insgesamt	Bestand an Wohnungen					insgesamt	Auslandsgäste	insgesamt	von Auslands-gästen
1 000			Mill. DM				1 000				
1996	18	18	1 249	14 685	8 113	884	12 808	3 959	309	21 597	654
1997	19	19	1 269	17 051	8 967	1 033	15 334	4 057	337	20 776	685
1998	18	19	1 289	17 774	10 104	1 006	16 117	4 097	362	20 483	716
1999	17	r 17	1 307	r 20 220	r 10 958	r 1 109	r 18 333	4 208	357	20 538	729
2000	12	14	...	p 20 070	p 10 725	p 1 147	p 17 905	4 342	405	20 860	799

Jahr	Kfz-Bestand ³ am 01.07.				Straßenverkehrsunfälle ⁵ mit Personenschaden			Spar-einlagen ⁶ am 31.12.	Sozialhilfe ⁷			Kriegsopfer-fürsorge
	insgesamt	Kraft-räder	Pkw ⁴	Lkw	Unfälle	Getötete	Verletzte		insgesamt	Hilfe zum Lebensunterhalt	Kriegsopfer-fürsorge	
	1 000							Mill. DM				Aufwand in Mill. DM
1996	1 677	85	1 416	75	14 307	260	18 809	29 689	2 201,6	902,1	117,8	104,7
1997	1 706	94	1 433	78	14 549	282	19 223	30 768	1 991,0	964,6	124,5	53,4
1998	1 729	102	1 441	83	14 376	245	19 047	31 189	2 054,1	1 004,7	126,0	43,9
1999	1 759	112	1 457	87	14 897	263	19 706	16 204 ⁸	2 040,60	966,0	123,2	40,3
2000	1 788	118	1 477	90	14 406	223	18 742	15 271

Jahr	Steuern								Schulden			
	Steuereinnahmen nach der Steuerverteilung			Steuern vom Umsatz	Steuern vom Einkommen			Verbrauch-steuern	Gewerbe-steuer	des Landes	der Gemeinden und Gemeindeverbände ⁹	
	des Bundes	des Landes ⁸	der Gemeinden		insgesamt	Lohnsteuer	veranlagte Einkommen-steuer				insgesamt	Kreditmarkt-mittel
	Mill. DM											
1996	8 609	9 980	3 093	5 950	10 133	7 821	805	169	1 265	27 640	5 127	4 026
1997	...	9 924	3 223	5 493 ^b	10 233	7 734	775	...	1 430	28 991	5 318	4 184
1998	...	10 440	3 315	5 868 ^b	10 752	8 061	756	...	1 492	29 797	5 413	4 248
1999	...	10 813	r 3 376	6 395	11 142	8 343	1 107	...	1 387	30 460	5 415	4 448
2000	...	11 226	3 275	6 134	11 030	8 297	1 108	...	1 347	31 294	5 413	4 429

Jahr	Preisindizes im Bundesgebiet (1995 = 100)				Löhne und Gehälter ¹¹							
	Erzeugerpreise ¹⁰		für Wohn-gebäude	Lebenshaltung aller privaten Haushalte	Industriearbeiter ¹²		Angestellte in Industrie ¹² und Handel, Kreditinstituten und Versicherungsgewerbe			Öffentlicher Dienst		
	gewerblicher Produkte	land-wirt-schaftlicher Produkte			Bruttowochenlohn		Bruttomonatsgehalt			Bruttomonatsgehalt ¹³		
			insgesamt	darunter Nahrungs-mittel und alkoholfreie Getränke	Männer	Frauen	kaufmännische Angestellte		technische Angestellte	Beamte A 9 (Inspektor)	Angestellte BAT VIII (Bürokräft)	
							DM					
1996	98,8	r-	99,8	101,4	100,6	1 022 ^c	734 ^c	5 419 ^c	3 870 ^c	6 254 ^c	4 769	3 594
1997	99,9	r 100,5	99,1	103,3	102,0	1 024 ^c	746 ^c	5 514 ^c	3 962 ^c	6 240 ^c	4 628	3 438
1998	99,5	r 95,6	98,7	104,3	103,0	1 033 ^b	760 ^b	5 634 ^b	4 065 ^b	6 411 ^b	4 697	3 490
1999	98,5	r 89,9	98,4	104,9	101,7	r 1 056 ^d	r 776 ^d	r 5 790 ^d	r 4 167 ^d	r 6 584 ^d	4 833	3 591
2000	101,8	95,1	98,7	106,9	101,2	1 076	796	5 934	4 282	6 787	4 833 ^d	3 663

¹ Errichtung neuer Gebäude
² nur Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, einschließlich Kinderheime und Jugendherbergen
³ Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr; ab 1994 nur ohne Post und Bundeswehr
⁴ einschließlich Kombinationskraftwagen
⁵ 1999 vorläufige Zahlen
⁶ ohne Postspareinlagen
⁷ Die Angaben ab 1994 sind nicht direkt mit den Vorjahren vergleichbar, weil seit 01.11.1993 die Angaben für Asylbewerber gesondert ausgewiesen werden.
⁸ einschließlich Länderfinanzausgleich sowie Bundesergänzungszuweisungen
⁹ einschließlich ihrer Krankenhäuser bis 1997, aber ohne Eigenbetriebe und Zweckverbände
¹⁰ ohne Umsatz- (Mehrwert-)steuer
¹¹ Durchschnitt aus den 4 Berichtsquartalen
¹² einschließlich Hoch- und Tiefbau mit Handwerk
¹³ Endgehalt, die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind (ab 1997 ohne Kindergeld), ohne Stellenzulage
^a ab 1999 in Euro
^b ohne Einfuhrumsatzsteuer
^c Mit der Zuordnung der Berichtsbetriebe zur Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 1993), ist kein Vergleich mit den Ergebnissen zurückliegender Berichtsjahre möglich (vgl. Seite 10, Zahlenspiegel)
^d im Jahre 2000 erfolgte keine prozentuale Besoldungserhöhung

Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

		1999	2000	2000			2001			
		Monatsdurchschnitt		Februar	März	April	Januar	Februar	März	April
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	2 771	...	2 778	2 778	2 779
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen	Anzahl	p 1 533	...	p 775	p 992	p 1 096
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	p 6,6	...	p 3,5	p 4,2	p 4,8
* Lebendgeborene	Anzahl	p 2 279	...	p 2 004	p 2 370	p 1 946
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	p 9,9	...	p 9,1	p 10,0	p 8,5
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	p 2 509	...	p 2 634	p 2 727	p 2 280
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	p 10,9	...	p 11,9	p 11,6	p 10,0
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	p 8	...	p 9	p 12	p 13
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	p 3,5	...	p 4,5	p 5,1	p 6,7
* Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	p - 230	...	p - 630	p - 357	p - 334
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	p - 1,0	...	p - 2,9	p - 1,5	p - 1,5
Wanderungen										
* Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	6 647	...	5 569	6 009	5 841
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	1 481	...	1 249	1 243	1 140
* Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	5 482	...	4 830	5 235	4 495
* darunter in das Ausland	Anzahl	1 200	...	1 086	1 082	900
* Wanderungsgewinn (+) und -verlust (-)	Anzahl	+ 1 165	...	+ 739	+ 774	+ 1 346
* Innerhalb des Landes Umgezogene ¹	Anzahl	11 398	...	9 861	10 847	9 701
* Wanderungsfälle	Anzahl	23 527	...	20 260	22 091	20 037
Arbeitslage										
* Arbeitslose (Monatsende)	1 000	122	114	128	123	115	125	127	122	116
* darunter Männer	1 000	71	66	75	72	67	74	75	73	69
* Kurzarbeiter (Monatsmitte)	1 000	3,2	3,2	4,4	5,0	4,5	5,0	5,7	5,9	6,7
* darunter Männer	1 000	2,7	2,9	4,0	4,6	4,0	4,3	5,0	5,3	5,1
* Offene Stellen (Monatsende)	1 000	13,7	0,0	16,4	18,5	19,6	13,1	16,2	17,7	17,9
LANDWIRTSCHAFT										
Viehbestand										
Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 308 ^a	1 300 ^a
darunter Milchkühe										
(ohne Ammen- und Mutterkühe)	1 000	382 ^a	375 ^a
Schweine	1 000	1 415 ^a	1 366 ^a
darunter Zuchtsauen	1 000	124 ^a	116 ^a
darunter trächtig	1 000	91 ^a	84 ^a
Schlachtungen										
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	35	33	37	39	28	23	24	31	24
Kälber	1 000 St.	1	1	1	1	1	0	0	0	0
Schweine	1 000 St.	131	123	121	125	114	121	100	112	100
darunter Hausschlachtungen	1 000 St.	1	0	0	0	0	0	0	0	0
* Schlachtmenge² aus gewerblichen Schlachtungen										
(ohne Geflügel)	1 000 t	22,8	21,9	22,9	23,7	19,2	18,6	17,1	20,2	17,1
* darunter Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	10,6	10,4	11,6	12,1	8,6	7,4	7,9	9,9	7,7
* Kälber	1 000 t	0,2	0,1	0,1	0,2	0,2	0,0	0,0	0,0	0,1
* Schweine	1 000 t	11,8	11,1	10,9	11,2	10,2	10,9	9,0	10,1	9,0
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
Rinder (ohne Kälber)	kg	309	314	313	312	313	325	327	322	324
Kälber	kg	136	138	138	137	139	149	140	141	143
Schweine	kg	90	90	90	90	90	90	90	90	90
Geflügel										
Konsumeier ³	1 000	28 836	28 168	24 364	29 811	29 593	23 862	20 088	28 633	29 127
* Geflügelfleisch ⁴	1 000 kg	70	85
* Milcherzeugung⁵										
darunter an Molkereien und Händler geliefert	%	97	96	96	96	97	-	-	-	-
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	16,6	17,0	17,4	16,9	18,0	-	-	-	-

¹ ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene

² einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien

³ in Betrieben bzw. in Unternehmen mit 3 000 und mehr Hennenhaltungsplätzen

⁴ aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat

⁵ ab Januar 2000 keine Monatsmeldungen mehr

^a November

* Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht.

		1999	2000	2000			2001			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
PRODUZIERENDES GEWERBE										
Verarbeitendes Gewerbe¹										
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	140	141	140	141	140	140	140	140	139
* darunter Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	86	87	86	86	86	86	86	85	85
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	11 569	11 600	11 733	12 444	r 10 949	11 611	11 174	11 971	10 697
* Lohnsumme	Mill. DM	382,3	391,8	359,4	370,9	382,0	368,9	354,4	367,2	387,2
* Gehaltssumme	Mill. DM	367,6	380,5	357,5	361,0	r 365,8	383,7	363,9	371,8	395,0
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	4 438	4 583	4 107	5 065	r 3 937	4 109	4 250	4 672	4 353
* Inlandsumsatz	Mill. DM	3 052	3 129	2 803	3 227	r 2 701	2 816	2 803	3 123	2 967
* Auslandsumsatz	Mill. DM	1 387	1 455	1 305	1 837	r 1 236	1 293	1 446	1 549	1 386
Kohleverbrauch	1 000 t	12
Gasverbrauch	Mill. kWh	435	482
Stadt- und Kokereigas	Mill. kWh
Erd- und Erdölgas	Mill. kWh
Heizölverbrauch	1 000 t	63	73
leichtes Heizöl	1 000 t	4	3
schweres Heizöl	1 000 t	59	70
Stromverbrauch	Mill. kWh	323	337	330	355	327	345	334	353	324
Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	38	41	42	41	40	42	41	40	40
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	r 2 784	2 639	2 570	2 338	2 054
* Stromverbrauch (einschließlich Verluste, ohne Pumpstromverbrauch)	Mill. kWh	1 085	1 088	1 143	1 190	1 056
Gaserzeugung (netto)	1 000 m ³
Handwerk (Maßzahlen)³										
				1. Vj. 2000			1. Vj. 2001			
Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) am Ende des Vierteljahres	30.09.1998 $\hat{=}$ 100	95,5	92,9	.	92,3	.	.	.	88,8	.
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Vj.-D 1998 $\hat{=}$ 100	101,1	99,6	.	88,7	.	.	.	84,9	.
Baugewerbe⁴										
* Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau ⁵										
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	36 580	34 797	34 448	35 518	35 641	31 839	31 327	31 109	31 038
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	3 735	3 473	3 010	3 657	3 420	2 160	2 206	2 477	2 920
darunter für										
Wohnungsbauten	1 000	1 930	1 774	1 633	1 920	1 769	1 107	1 065	1 164	1 408
* gewerbliche und industrielle Bauten ⁶	1 000	794	785	649	833	789	539	624	660	696
* Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	961	869	692	847	826	460	490	624	780
* Lohnsumme	Mill. DM	115,1	109,1	89,4	101,1	111,5	85,8	72,9	76,5	100,2
* Gehaltssumme	Mill. DM	30,8	30,6	28,5	29,0	30,2	28,2	26,5	27,2	28,5
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	513,3	468,1	369,6	442,3	422,1	258,6	267,8	346,8	350,3
Auftragseingang ⁷	Mill. DM	247,7	231,5	205,3	264,4	235,3	182,4	140,9	254,4	222,4
Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe⁷										
* Beschäftigte ⁸	Anzahl	11 247	10 581	–	10 479	–	–	–	9 837	–
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	1 251	1 169	–	3 482	–	–	–	3 119	–
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	45,4	43,7	–	123,2	–	–	–	119,7	–
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	139,2	130,0	–	324,4	–	–	–	297,7	–

¹ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E 1.1. Ab Januar 1997 einschließlich ca. 90 neu in der Handwerkszählung gefundener Betriebe.

² ohne Ausbaugewerbe, Gas-, Fernwärme und Wasserversorgung

³ ohne handwerkliche Nebenbetriebe

⁴ ab 1995 in der Abgrenzung nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ93)

⁵ auf alle Betriebe hochgerechnete Ergebnisse

⁶ einschließlich Unternehmen der Bahn und Post

⁷ Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

⁸ am Ende des Vierteljahres, bei Jahreszahlen = Durchschnitt der Vierteljahresergebnisse

⁹ Ab 1997 Umstellung auf vierteljährliche Berichterstattung

* Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht.

Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

		1999	2000	2000			2001			
		Monatsdurchschnitt		Februar	März	April	Januar	Februar	März	April
BAUTÄTIGKEIT										
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	943	718	650	959	796	673	675	627	620
darunter mit										
1 Wohnung	Anzahl	829	639	582	840	712	607	595	575	559
2 Wohnungen	Anzahl	68	49	44	75	62	39	60	31	34
* Rauminhalt	1 000 m³	742	549	503	753	597	489	488	494	471
* Wohnfläche	1 000 m²	144	107	100	147	116	98	99	97	93
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	118	111	88	119	107	69	82	93	80
* Rauminhalt	1 000 m³	572	548	405	814	449	486	284	539	655
* Nutzfläche	1 000 m²	95	88	65	114	71	80	50	90	92
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 506	1 080	982	1 433	1 158	1 022	1 065	984	857
HANDEL UND GASTGEWERBE										
Ausfuhr										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	1685,0	p 1 672,5	1 565,7	1 613,9	1 389,8	1 442,9	1 846,5
davon										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. DM	157,3	p 180,4	173,2	145,5	151,9	114,6	155,9
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	1 527,7	p 1 492,1	1 392,6	1 468,4	1 237,9	1 328,3	1 690,6
davon										
* Rohstoffe	Mill. DM	24,9	p 29,6	28,0	29,2	82,1	25,4	19,2
* Halbwaren	Mill. DM	74,5	p 108,2	93,0	90,2	62,7	117,3	100,8
* Fertigwaren	Mill. DM	1 428,4	p 1 354,3	1 271,6	1 348,9	1 093,1	1 185,6	1 570,6
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. DM	154,9	p 188,7	198,6	188,0	154,9	176,5	212,5
* Enderzeugnisse	Mill. DM	1 273,4	p 1 165,7	1 073,0	1 161,0	938,2	1 009,1	1 358,1
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
* EU-Länder	Mill. DM	913,1	p 893,8	924,2	839,7	833,4	778,1	1 150,4
darunter Vereinigtes Königreich	Mill. DM	129,6	p 135,5	136,7	139,9	108,6	101,5	156,7
Niederlande	Mill. DM	128,4	p 120,6	111,8	122,8	97,5	117,9	126,7
Frankreich	Mill. DM	120,1	p 120,2	171,6	97,1	118,5	107,1	138,5
Dänemark	Mill. DM	118,9	p 83,7	75,8	80,5	84,8	79,5	98,9
* Einzelhandelsumsätze insgesamt (einschl. Kfz-Einzelhandel, Tankstellen)	1995 = 100	108,2	107,3	95,8	112,4	107,6	93,7	91,7	109,4	107,2
* Gastgewerbeumsätze	1995 = 100	98,5	98,1	67,3	79,2	101,4	64,1	64,6	77,1	102,8
Fremdenverkehr in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten										
* Ankünfte	1 000	351	362	186	251	389	p 148	p 184	p 243	p 347
darunter von Auslandsgästen	1 000	30	34	19	24	29	p 15	p 20	p 23	p 32
* Übernachtungen	1 000	1 712	1 738	663	942	1 657	p 549	p 648	p 896	p 1 546
darunter von Auslandsgästen	1 000	61	67	42	47	58	p 30	p 45	p 50	p 62
VERKEHR										
Seeschifffahrt¹										
* Gütereingang	1 000 t	1 825
* Güterversand	1 000 t	1 039
Binnenschifffahrt										
* Gütereingang	1 000 t	162	158	129	154	188	177	125	168	...
* Güterversand	1 000 t	203	190	179	212	202	148	178	229	...
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge ²	Anzahl	11 198	9 866	9 365	14 190	10 597	9 270	8 257	11 907	11 062
darunter Krafträder	Anzahl	790	673	523	1 567	1 286	156	448	884	1 005
* Personenkraftwagen ³	Anzahl	9 330	8 135	7 931	11 315	8 124	8 272	6 953	9 594	8 636
* Lastkraftwagen (einschließlich mit Spezialaufbau)	Anzahl	721	715	637	837	702	597	590	827	631
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 248	1 201	1 040	1 028	1 081	927	p 767	p 944	p 939
* Getötete Personen	Anzahl	22	19	21	17	16	20	p 18	p 13	p 19
* Verletzte Personen	Anzahl	1 652	1 562	1 326	1 351	1 451	1 208	p 978	p 1 237	p 1 263

¹ ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fährverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge

² mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr

³ einschließlich Kombinationskraftwagen

* Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht.

		1999	2000	2000			2001			
		Monatsdurchschnitt		Februar	März	April	Januar	Februar	März	April
GELD UND KREDIT										
Insolvenzen										
Insolvenzen insgesamt	Anzahl	89	124	96	128	102	120	159	130	123
Unternehmen	Anzahl	68	77	64	95	64	63	100	76	81
übrige Gemeinschuldner	Anzahl	20	47	32	33	38	57	59	54	42
darunter mangels Masse abgewiesen	Anzahl	51	55	41	49	48	47	58	55	42
Kredite und Einlagen^{1 2}										
		4-Monats-durchschnitt⁴								
Kredite ³ an Nichtbanken insgesamt	Mill. DM	86 178	95 179	-	91 367	-	-	-	-	-
darunter										
Kredite ³ an inländische Nichtbanken	Mill. DM	82 089	88 946	-	86 119	-	-	-	-	-
kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	9 262	9 952	-	9 475	-	-	-	-	-
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	8 947	9 518	-	9 033	-	-	-	-	-
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	315	274	-	422	-	-	-	-	-
mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	7 418	7 060	-	7 012	-	-	-	-	-
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	5 936	5 828	-	5 701	-	-	-	-	-
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 482	1 232	-	1 311	-	-	-	-	-
langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	65 409	71 934	-	69 632	-	-	-	-	-
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	52 563	59 509	-	57 091	-	-	-	-	-
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	12 846	12 426	-	12 541	-	-	-	-	-
Einlagen und aufgenommene Kredite ³ von Nichtbanken	Mill. DM	49 142	50 213	-	50 403	-	-	-	-	-
Sichteinlagen und Termingelder										
von inländischen Nichtbanken	Mill. DM	33 934	35 641	-	35 344	-	-	-	-	-
von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	31 151	32 711	-	32 642	-	-	-	-	-
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	2 783	2 931	-	2 702	-	-	-	-	-
Spareinlagen	Mill. DM	16 361	15 710	-	16 153	-	-	-	-	-
von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	16 078	15 413	-	15 850	-	-	-	-	-
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	283	298	-	303	-	-	-	-	-
STEUERN										
Steueraufkommen nach der Steuerart				Vierteljahres-durchschnitt			1. Vj. 2000		1. Vj. 2001	
Gemeinschaftsteuern ⁵	Mill. DM	4 466	4 374	-	3 668	-	-	-	3 832	-
Lohnsteuer	Mill. DM	2 086	2 074	-	1 875	-	-	-	1 845	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	277	277	-	121	-	-	-	208	-
nicht veranlagte Ertragsteuer	Mill. DM	84	82	-	54	-	-	-	109	-
Zinsabschlagsteuer	Mill. DM	46	58	-	85	-	-	-	126	-
Körperschaftsteuer	Mill. DM	293	266	-	206	-	-	-	370	-
Umsatzsteuer	Mill. DM	1 599	1 534	-	1 559	-	-	-	1 573	-
Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	82	83	-	11	-	-	-	15	-
Landessteuern	Mill. DM	335	310	-	347	-	-	-	360	-
Vermögensteuer	Mill. DM	12	6	-	7	-	-	-	5	-
Grunderwerbsteuer	Mill. DM	118	103	-	119	-	-	-	105	-
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	126	123	-	136	-	-	-	163	-
Gemeindesteuern	Mill. DM	498	492	-	478	-	-	-	442	-
Grundsteuer A	Mill. DM	8	8	-	9	-	-	-	9	-
Grundsteuer B	Mill. DM	123	125	-	125	-	-	-	133	-
Gewerbesteuer	Mill. DM	347	337	-	326	-	-	-	283	-
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaft										
Bundesanteil an den Gemeinschaftssteuern ⁵	Mill. DM	2 067	2 016	-	1 726	-	-	-	1 813	-
Lohnsteuer	Mill. DM	886	882	-	797	-	-	-	784	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	118	118	-	51	-	-	-	88	-
Körperschaftsteuer	Mill. DM	164	133	-	103	-	-	-	185	-
Umsatzsteuer	Mill. DM	749	798	-	811	-	-	-	818	-
Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	19	19	-	2	-	-	-	4	-
Solidaritätszuschlag	Mill. DM	153	150	-	129	-	-	-	139	-
Bundesanteil und Solidaritätszuschlag	Mill. DM	2 220	2 165	-	1 854	-	-	-	1 951	-
Steuereinnahmen des Landes ⁵	Mill. DM	2 703	2 807	-	2 465	-	-	-	2 617	-
Landesanteil an den Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	2 185	2 210	-	1 983	-	-	-	2 065	-
Lohnsteuer (einschl. Zerlegung)	Mill. DM	942	936	-	933	-	-	-	925	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	112	114	-	53	-	-	-	94	-
Körperschaftsteuer (einschl. Zerlegung)	Mill. DM	155	151	-	144	-	-	-	198	-
Umsatz- und Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	837	866	-	876	-	-	-	899	-
Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	63	64	-	3	-	-	-	12	-
Steuereinnahmen der Gemeinden/Gemeindeverbände (netto) ⁷	Mill. DM	844	900	-	466	-	-	-	460	-
Gewerbesteuer ⁷	Mill. DM	266	256	-	312	-	-	-	259	-
Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	392	373	-	12	-	-	-	17	-

¹ ab 1999 in Mill. EURO

² Bestand an Krediten und Einlagen am Monatsende. Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie die Postscheck- und Postsparkassennämter. Ab 01.01.1986 einschließlich Raiffeisenbanken

³ einschließlich durchlaufender Kredite ⁴ Durchschnitt aus den Beständen in den Monaten März, Juni, September, Dezember ⁵ ohne Einfuhrumsatzsteuer

⁶ einschließlich Länderfinanzausgleich sowie Bundesergänzungszuweisungen ⁷ nach Abzug der Gewerbesteuerumlage

* Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht.

Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

	1999 ^a	2000	2000			2001			
	Monatsdurchschnitt		Februar	März	April	Januar	Februar	März	April
PREISE									
Preisindexziffern im Bundesgebiet 1995 = 100									
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	104,9	106,9	106,2	106,4	106,4	108,3	109,0	109,1	109,5
darunter für									
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	101,7	101,2	101,6	101,1	101,5	102,9	103,3	104,3	105,9
Alkoholische Getränke und Tabakwaren	106,0	107,5	107,4	107,4	107,3	108,3	109,3	109,4	109,3
Bekleidung und Schuhe	101,8	102,0	101,7	102,0	102,0	102,2	102,0	102,5	102,6
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	107,4	110,9	109,2	109,5	109,7	113,3	113,7	113,7	114,0
Einrichtungsgegenstände, Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt u. ä.	102,1	102,1	102,1	102,2	102,2	102,3	102,4	102,7	102,7
Gesundheitspflege	110,6	111,0	110,6	110,6	110,7	111,6	111,9	112,1	112,2
Verkehr	107,6	113,6	111,7	113,1	112,0	115,1	117,1	117,2	118,0
Nachrichtenübermittlung	88,2	84,5	85,8	84,7	84,5	83,6	83,6	82,4	81,9
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	103,4	104,5	105,0	104,7	104,3	105,4	107,3	106,5	105,1
Bildungswesen	117,5	119,3	119,0	119,1	119,1	120,6	120,8	120,8	120,9
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	104,9	106,2	105,3	104,9	105,9	106,0	106,6	106,4	107,4
Andere Waren und Dienstleistungen	104,5	106,8	106,2	106,2	106,4	108,5	108,9	109,1	109,2
Einzelhandelspreise ¹	101,9	103,0	102,6	102,7	102,6	103,4	103,7	104,0	104,4
Preisindex für Wohngebäude, Neubau, Bauleistungen am Gebäude	98,4	98,7	98,5				98,6		
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ²	98,5	101,8	100,0	100,0	100,4	104,4	104,7	104,9	105,4
Einfuhrpreise ²	100,2	111,4	107,8	108,7	108,4	112,9	113,6	113,3	113,9
Ausfuhrpreise ²	100,9	104,4	102,8	103,1	103,6	105,3	105,4	105,6	105,7
Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ²	89,9	95,1	92,9	94,1	94,1	95,6	p 97,9	p 102,0	...
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) ²	100,8	106,7	103,8	104,8		109,7	110,0	109,9	...
LÖHNE UND GEHÄLTER³									
- Effektivverdienste in DM -									
Arbeiter im Produzierenden Gewerbe⁴									
Bruttowochenverdienste									
männliche Arbeiter	1 056	1 076	.	.	1 076	1 028
darunter Facharbeiter	1 115	1 143	.	.	1 144	1 096
weibliche Arbeiter	776	796	.	.	789	799
darunter Hilfsarbeiter	728	741	.	.	734	739
Bruttostundenverdienste									
männliche Arbeiter	27,87	28,35	.	.	28,19	28,45
darunter Facharbeiter	29,88	30,30	.	.	30,23	30,48
weibliche Arbeiter	20,91	21,24	.	.	21,16	21,41
darunter Hilfsarbeiter	19,46	19,62	.	.	19,54	19,72
bezahlte Wochenarbeitszeit									
männliche Arbeiter (Stunden)	37,9	38,0	.	.	38,2	36,1
weibliche Arbeiter (Stunden)	37,1	37,5	.	.	37,3	37,3
Angestellte, Bruttomonatsverdienste									
Produzierendes Gewerbe⁴									
kaufmännische Angestellte									
männlich	6 857	6 987	.	.	6 902	7 150
weiblich	4 875	4 958	.	.	4 926	5 082
technische Angestellte									
männlich	6 863	7 049	.	.	6 981	7 110
weiblich	4 818	4 851	.	.	4 823	4 899
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe									
kaufmännische Angestellte									
männlich	5 409	5 559	.	.	5 578	5 547
weiblich	3 946	4 056	.	.	4 064	4 132
technische Angestellte									
männlich	5 124	5 344	.	.	5 358	5 291
weiblich	3 645	3 898	.	.	3 796	4 327
Produzierendes Gewerbe ⁴ , Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen u. Gebrauchsgütern; Kredit- u. Versicherungsgewerbe zusammen									
kaufmännische Angestellte									
männlich	5 790	5 934	.	.	5 910	5 989
weiblich	4 167	4 282	.	.	4 274	4 382
technische Angestellte									
männlich	6 584	6 787	.	.	6 724	6 854
weiblich	4 710	4 763	.	.	4 717	4 850

¹ Beim Index der Einzelhandelspreise wurden die Angaben von Januar 1998 bis Mai 1999 wegen fehlerhafter Einbeziehung der Zuzahlungen für Arzneimittel korrigiert.

² ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer

³ Mit der Zuordnung der Berichtsbetriebe zur Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 1993), ist kein Vergleich mit den Ergebnissen vor 1996 möglich.

⁴ Handwerk nur im Hoch- und Tiefbau enthalten

^a neuer Berichtskreis im Produzierenden Gewerbe ab Oktober 1999

* Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht.

**Kreiszahlen
Schleswig-Holstein**

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 31.07.2000			Bevölkerungsveränderung im Juli 2000			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Februar 2001 (vorläufige Zahlen)		
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Bevölkerungszunahme (+) oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²	Verletzte
		Vormonat	Vorjahresmonat ¹						
FLensburg	84 378	+ 0,0	- 0,1	- 5	+ 22	+ 17	23	-	27
KIEL	232 674	- 0,1	- 1,2	- 4	- 176	- 180	78	1	89
LÜBECK	213 326	+ 0,0	- 0,2	- 8	+ 74	+ 66	59	-	67
NEUMÜNSTER	80 047	- 0,1	- 0,7	- 12	- 88	- 100	25	1	31
Dithmarschen	137 127	+ 0,1	+ 0,2	+ 24	+ 64	+ 88	29	-	45
Herzogtum Lauenburg	178 690	+ 0,1	+ 1,4	+ 11	+ 192	+ 203	59	3	78
Nordfriesland	164 272	+ 0,0	+ 0,2	+ 11	+ 42	+ 53	40	1	58
Ostholstein	202 065	+ 0,1	+ 0,5	- 25	+ 285	+ 260	39	-	49
Pinneberg	290 196	+ 0,1	+ 0,6	+ 48	+ 234	+ 282	90	2	120
Plön	132 626	+ 0,1	+ 0,9	+ 5	+ 164	+ 169	34	1	43
Rendsburg-Eckernförde	269 200	+ 0,1	+ 0,9	- 7	+ 214	+ 207	81	2	95
Schleswig-Flensburg	197 007	+ 0,1	+ 0,6	+ 35	+ 167	+ 202	38	4	54
Segeberg	248 842	+ 0,1	+ 1,0	+ 47	+ 265	+ 312	68	-	96
Steinburg	135 919	+ 0,1	+ 0,4	+ 11	+ 66	+ 77	32	-	40
Stormarn	216 464	+ 0,1	+ 0,4	+ 12	+ 177	+ 189	72	3	86
Schleswig-Holstein	2 782 833	+ 0,1	+ 0,4	+ 143	+ 1 702	+ 1 845	767	18	978

KREISFREIE STADT Kreis	Verarbeitendes Gewerbe ³			Kraftfahrzeugbestand ⁵ am 01.01.2001		
	Betriebe am 30.04.2001	Beschäftigte am 30.04.2001	Umsatz ⁴ im April 2001 Mill. DM	insgesamt	Pkw ⁶	
					Anzahl	je 1 000 Einwohner ⁷
FLensburg	50	8 902	234	45 607	39 374	467
KIEL	109	14 457	530	121 068	102 993	443
LÜBECK	110	13 368	344	111 817	95 771	449
NEUMÜNSTER	62	6 297	148	48 801	40 978	512
Dithmarschen	60	6 383	550	95 807	74 848	546
Herzogtum Lauenburg	100	8 007	193	121 577	101 763	569
Nordfriesland	64	3 309	99	118 483	94 216	574
Ostholstein	90	5 897	150	133 925	110 918	549
Pinneberg	179	16 447	503	187 934	157 927	544
Plön	45	2 408	52	85 753	69 874	527
Rendsburg-Eckernförde	117	7 898	225	186 685	151 882	564
Schleswig-Flensburg	81	4 349	145	138 819	109 976	558
Segeberg	182	15 848	470	184 220	152 643	613
Steinburg	69	7 058	238	92 362	74 091	545
Stormarn	164	18 756	470	154 114	130 558	603
Schleswig-Holstein	1 482	139 384	4 353	1 826 972	1 507 812	542

¹ nach dem Gebietsstand vom 31.07.1997

² einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

³ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten, ab Januar 1995 neue Berichtskreisabgrenzung aufgrund neuer Systematik; Vergleich mit davorliegenden Zeiträumen nicht gegeben.

⁴ ohne Umsatzsteuer

⁵ Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr

⁶ einschließlich Kombinationskraftwagen

⁷ Bevölkerungsstand: Juli 2000

⁸ Die Summe enthält Meldungen die keinem Kreis zuzuordnen sind.

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit Kreiszahlen erscheint in Heft 5 und 11

Zahlen für Bundesländer

Bundesland	Bevölkerung		Arbeitsmarkt					Verarbeitendes Gewerbe ²		
	Einwohner am 30.06.2000		Arbeitslose Ende April 2001			Kurzarbeiter Mitte April 2001	offene Stellen Ende April 2001	Be- schäftigte am 28.02.2001	Umsatz ³ im Februar 2001	
	1 000	Veränderung ¹	1 000	Veränderung ¹	Arbeitslosen- quote				1 000	1 000
		%		%						
Baden-Württemberg	10 497,7	+ 0,4	260,7	- 9,8	5,5	14,6	95,5	1 269	37 708	44
Bayern	12 183,4	+ 0,5	326,0	- 5,8	5,0	9,8	108,6	1 214	39 384	42
Berlin	3 383,3	- 0,3	272,3	+ 0,2	18,1	4,1	7,4	112	4 574	25
Brandenburg	2 600,8	+ 0,3	239,6	+ 1,8	19,3	4,6	8,6	89	2 346	19
Bremen	661,6	- 0,7	40,1	- 4,2	13,7	0,8	5,6	65	2 950	58
Hamburg	1 708,4	+ 0,4	71,3	- 8,0	9,5	0,8	10,6	100	10 752	16
Hessen	6 056,9	+ 0,2	200,7	- 9,5	7,5	7,1	42,9	456	12 741	39
Mecklenburg-Vorpommern	1 784,1	- 0,6	173,1	+ 3,8	20,1	3,0	9,0	48	1 152	20
Niedersachsen	7 912,0	+ 0,4	349,9	- 1,5	10,1	12,4	52,9	558	22 251	42
Nordrhein-Westfalen	17 996,2	+ 0,1	763,2	- 4,2	9,7	27,7	116,1	1 462	47 250	36
Rheinland-Pfalz	4 028,5	+ 0,0	134,3	- 5,0	7,7	3,4	37,7	302	9 792	43
Saarland	1 069,5	- 0,3	45,6	- 6,9	10,1	2,3	7,1	105	3 203	43
Sachsen	4 443,9	- 0,7	404,0	+ 1,4	19,1	9,8	24,6	224	5 329	30
Sachsen-Anhalt	2 634,4	- 1,1	273,8	- 2,5	21,4	5,6	14,4	104	2 886	19
Schleswig-Holstein	2 781,0	+ 0,4	116,0	+ 0,6	9,5	6,7	17,9	140	4 349	35
Thüringen	2 441,2	- 0,6	197,3	- 1,0	16,7	6,0	16,0	135	3 054	24
Bundesrepublik Deutschland	82 182,8	+ 0,1	3 667,9	- 3,0	10,5	118,9	580,3	6 382	209 719	38
Nachrichtlich:										
Alle Bundesländer (einschl. Berlin-West)	67 008,5	+ 0,3	2 473,5	- 4,3	8,4	88,4	505,1	5 764	194 516	39
Neue Bundesländer (einschl. Berlin-Ost)	15 174,4	- 0,5	1 394,4	- 0,4	19,1	30,5	75,2	619	15 203	24

Bundesland	Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau			Wohnungs- wesen	Fremdenverkehr ⁵ im Dezember 2000		Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden ⁶ im Februar 2001				
	Beschäftigte am 31.12.2000	Baugewerblicher Umsatz ³ im Dez. 2000		Zahl der genehmigten Wohnungen im Dezember 2000	Ankünfte	Übernachtungen	Unfälle		Verunglückte		
		1 000	Mill. DM		Ver- änderung ¹	Anzahl	Ver- änderung ¹	Anzahl	Ver- änderung ¹	Anzahl	je 100 Unfälle
	%	%	%								
Baden-Württemberg	113	2 177	- 0,3	3 003	827 721	2 392 490	+ 5,3	2 403	- 21,8	3 355	140
Bayern	174	3 546	- 2,7	4 429	1 512 248	4 512 430	+ 8,4	3 504	- 19,4	5 007	143
Berlin	30	711	- 6,4	1 052	320 344	677 134	+ 3,9	750	- 21,2	941	125
Brandenburg	54	995	- 6,2	1 399	159 949	424 207	- 2,8	695	- 20,4	950	137
Bremen	7	214	+ 44,6	168	53 631	90 491	+ 2,1	195	- 22,6	225	115
Hamburg	13	315	- 24,1	299	184 498	325 253	+ 4,8	536	- 29,8	695	130
Hessen	60	1 339	+ 1,4	1 443	595 986	1 580 558	+ 5,7	1 652	- 16,4	2 310	139
Mecklenburg-Vorpommern	32	424	- 28,2	1 078	211 685	717 918	+ 13,1	537	- 19,0	712	133
Niedersachsen	94	1 625	- 14,4	3 012	541 012	1 638 791	+ 5,7	2 320	- 22,5	3 146	136
Nordrhein-Westfalen	156	3 177	- 8,1	5 850	941 492	2 348 090	+ 2,6	4 413	- 19,2	5 682	129
Rheinland-Pfalz	45	822	- 5,4	817	372 421	1 137 511	+ 21,7	1 094	- 19,1	1 466	134
Saarland	12	202	- 9,0	221	42 070	145 972	+ 8,8	264	- 24,4	371	141
Sachsen	87	1 488	- 11,9	1 051	421 993	1 125 582	+ 12,1	1 029	- 11,4	1 349	131
Sachsen-Anhalt	54	771	- 14,0	787	139 124	339 937	+ 3,4	608	- 33,8	799	131
Schleswig-Holstein	33	489	- 8,3	660	209 097	703 476	+ 6,2	774	- 25,6	1 012	131
Thüringen	47	646	- 11,5	693	204 497	603 834	+ 6,6	615	- 21,1	847	138
Bundesrepublik Deutschland	1 012	18 939	- 7,3	25 962	6 737 768	18 763 674	+ 7,1	22 650	- 16,0	30 731	136
Nachrichtlich:											
Alle Bundesländer (einschl. Berlin-West)	727	14 384	- 5,0	20 348	5 480 632	15 307 134	+ 6,8	-	-	-	-
Neue Bundesländer (einschl. Berlin-Ost)	286	4 555	- 13,6	5 614	1 257 136	3 456 540	+ 8,2	-	-	-	-

¹ gegenüber Vorjahresmonat

² Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

³ ohne Umsatzsteuer

⁴ Anteil des Auslandsumsatzes am gesamten Umsatz in %

⁵ in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Betten

⁶ vorläufige Zahlen

Gedruckt im
Statistischen Landesamt
Schleswig-Holstein

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck „Kreise“ steht vereinfachend für „Kreise und kreisfreie Städte“.

Allen Berechnungen liegen die ungerundeten Werte zugrunde.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung.

Zeichenerklärung

– = nichts vorhanden

0 = mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle dargestellten Einheit

· = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten

... = Zahlenangaben lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor

r = berichtigte Zahl

p = vorläufige Zahl

s = geschätzte Zahl

x = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll

/ = Zahlenwert nicht sicher genug

() = Zahlen haben eingeschränkte Aussagefähigkeit

≐ = entspricht